

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 3 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 26.3.2014

## **Der Schulunterricht S. 3, 5**

... soll eine gute Grundlage fürs Leben schaffen. Daher debattierte der Landtag im Plenum über den Ausfall von Stunden. Ebenfalls heiß diskutiert: die Kosten der Inklusion.

## **Den Fußballsport S. 4**

... von Krawallen befreien wollen alle Fraktionen. Meinungsunterschiede gab es im Plenum über die Frage, ob mit Blick auf Gewalttäter die gesetzlichen Grundlagen für Meldeauflagen ausreichen.

## **Das Medienangebot S. 7-13**

... ist derzeit ein wichtiges Thema der Landespolitik. So will die Landesregierung ein breites Angebot sichern. Die Oppositionsfraktionen fordern eine unabhängige Förderung und hinterfragen das vorgelegte Konzept.

## **Dem Klimawandel S. 18**

... kann man nur durch viele konkrete Schritte begegnen. Nach dem Beschluss des Klimaschutzgesetzes erarbeitet die Landesregierung nun einen Klimaschutzplan, der weite Teile der Gesellschaft betreffen soll.

## **Die Mausefalle**

### **Mehr Informationen, weniger Vielfalt?**



# Leben in Echtzeit

Sprach man früher von früher, so meinte man Zeiten, die Jahre oder Jahrzehnte zurücklagen. Die Zeitung am Morgen, die Fernsehnachrichten am Abend prägten und strukturierten den Tagesablauf nicht weniger Bürgerinnen und Bürger. Reaktionszeiten der Regierenden maßen sich in Tagen, Mitwirkungszeiten der Regierten – via Leserbrief – ebenso.

Heute ist vieles anders, schnelllebiger. Nachrichten aus aller Welt sind allerorts und rund um die Uhr verfügbar. Ereignisse werden möglichst „in Echtzeit“ mitgeteilt, und unmittelbar darauf erwartet man erste (politische) Stellungnahmen. Kommentarmöglichkeiten im Netz werden von den Nutzerinnen und Nutzern als selbstverständlich vorausgesetzt.

Eine solche Entwicklung hat natürlich Auswirkungen auf das Angebot, die Erstellung, die Verbreitung und die Nutzung der Medien. Zeitungsverleger zum Beispiel wollen mit ihrem Produkt bei aller Konkurrenz am Ende auch Geld verdienen. Sei es über Abonnenten, sei es über Inserate. Bleibt beides aus, steht die Zukunft selbst sogenannter Traditionsblätter infrage. Gern nutzen Verlage die Möglichkeiten der digitalen Welt. Aber auch hier gilt das Gebot der Marktwirtschaft: Der Preis bestimmt das Angebot (und umgekehrt).

Wie also erreichen, dass auch in der digitalen Welt die Bürgerinnen und Bürger ihre Informationen über qualitativ recherchierte und fundiert aufbereitete Medien beziehen können? Dass sie auf regionaler Ebene zwischen verschiedenen Medienangeboten auswählen können?

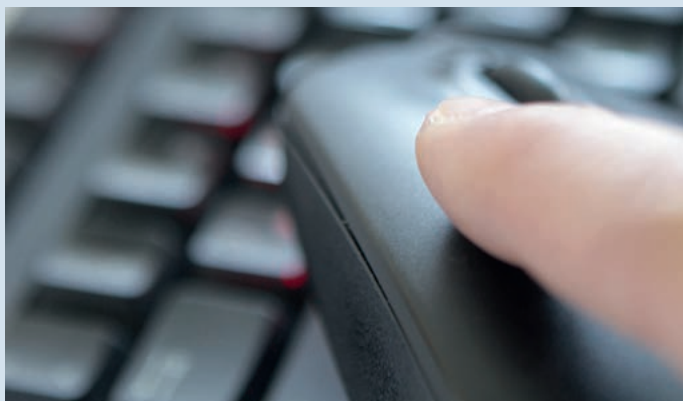
Und sich in einem solchen Rahmen zugleich noch besser beteiligen können?

## QUALITÄT UND VIELFALT DER MEDIEN

Meinungsvielfalt und Pluralismus sind vonseiten der Verfassung vorgegeben. Daher ist es auch Aufgabe der Politik, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen und zu überlegen, inwiefern Rahmenbedingungen gesetzt bzw. angepasst werden müssen. Mit einer Novellierung des Landesmediengesetzes hat die Landesregierung den Aufschlag gemacht. Wurde das damit verbundene Ziel auch nicht infrage gestellt, so stieß der gewählte Ansatz doch auf Kritik (siehe Seite 8).

Auf Antrag der GRÜNEN beschäftigte sich das Parlament mit Fragen des Verbraucherschutzes in der digitalen Welt (Seite 9). Und der Wirtschaftsausschuss erörterte mit externen Fachleuten, wie NRW den Zugang zu schnellem Internet, Grundvoraussetzung für die Teilhabe an modernen Kommunikationsmöglichkeiten, weiter vorantreiben kann (Seite 13).

Der Landtag kümmert sich um die Fragen, die sich aus dem geschilderten rasanten Wandel ergeben. Daher sind die Medien Schwerpunkt dieser Ausgabe – gedruckt und online unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de). *cw*



### Schwerpunkt: Medien

|   |              |
|---|--------------|
| <b>24 Stunden Tagesschau</b> .....                      | <b>7</b>     |
| <b>Bestens informiert?</b> .....                        | <b>8</b>     |
| <b>Zwischen grenzenloser Freiheit und Abzocke</b> ..... | <b>9</b>     |
| <b>Schlag auf Schlag</b> .....                          | <b>10-11</b> |
| <b>Lebensader Breitband</b> .....                       | <b>13</b>    |

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum

|   |          |
|---|----------|
| <b>Inklusion: Wer wird das bezahlen?</b> .....            | <b>3</b> |
| <b>Polizei: Wer nicht da ist, macht keinen Ärger</b> .... | <b>4</b> |
| <b>Schule: Problem Unterrichtsausfall</b> .....           | <b>5</b> |
| <b>Kultur: Was bleibt von heute für morgen?</b> .....     | <b>6</b> |

### Aus den Ausschüssen

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Meldungen</b> .....                                 | <b>14</b> |
| <b>Klimaschutz I: Strom speichern fürs Klima</b> ..... | <b>15</b> |
| <b>Klimaschutz II: Viele kleine Schritte</b> .....     | <b>18</b> |

|                           |           |
|---------------------------|-----------|
| <b>Gesetzgebung</b> ..... | <b>12</b> |
|---------------------------|-----------|

### Aus den Fraktionen

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Portrait: Daniela Jansen (SPD)</b> ..... | <b>19</b> |
| <b>Impressum</b> .....                      | <b>19</b> |
| <b>Termine</b> .....                        | <b>20</b> |





# Inklusion: Wer wird das bezahlen?

## Schulministerin unterrichtet Landtag über Verhandlung mit den Kommunen

Fotos: Schälte

20. Februar 2014 – In einer mit einer Unterrichtung durch die Landesregierung verbundenen *Aktuellen Stunde* hat der Landtag NRW erneut über die Kosten der Inklusion gestritten. Ab Sommer haben Kinder mit Behinderungen schrittweise das Recht auf den Besuch einer Regelschule. Eine teure Sache, befürchten die Kommunen. Sie fordern vom Land seit Monaten, für die Kosten aufzukommen. In den Tagen vor der Plenardebatte hatte die Regierung den kommunalen Spitzenverbänden eine teilweise Kostenübernahme angeboten: 175 Millionen Euro verteilt auf fünf Jahre. Endgültig geeinigt habe man sich aber noch nicht, so Schulministerin Sylvia Löhrmann im Plenum. Kritik kam von der Opposition.



Schulministerin  
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Christian Lindner (FDP)



Norbert Römer (SPD)



Armin Laschet (CDU)



Reiner Priggen (GRÜNE)



Monika Pieper (PIRATEN)

25 Millionen Euro für investive Maßnahmen sowie 10 Millionen Euro für multiprofessionelle Teams: Das Angebot des Landes beinhaltet erhebliche zusätzliche Anstrengungen auch über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus, erläuterte [Schulministerin Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE). Bindend für fünf Jahre bedeute dies eine Summe von 175 Millionen Euro. Bislang habe sich einer der drei kommunalen Spitzenverbände zu weiteren Gesprächen bereit erklärt: „Uns geht es um eine einvernehmliche und faire Lösung“, so die Ministerin. Das Land könne jedoch nicht für Leistungen wie die Integrationshelfer eintreten, die der Bund den Kommunen als Träger der Sozial- und Jugendhilfe übertragen habe.

Zu einem anderen Schluss kam [Christian Lindner](#) (FDP): „Sie haben sich verzockt.“ Monatlang habe Rot-Grün jede Konnexität geleugnet. Bei der Inklusion gehe es um langfristige Kosten und eine dauerhafte Verantwortung – da reiche es nicht, nur für einige Jahre zu finanzieren, befand der FDP-Fraktionsvorsitzende: „Das grüne Prestigeprojekt der Inklusion in Nordrhein-Westfalen ist arg vom Scheitern bedroht.“ Die Ministerin habe versäumt zu berichten, was Eltern, Schulen und Kommunen in den nächsten Wochen konkret zu erwarten hätten, so Lindner. Er befürchtete eine „Inklusion nach Kassenlage“ und warf Rot-Grün vor, das Gesetz um die Vermeidung der Konnexität herumgebaut zu haben.

Von einem Prestigeprojekt könne keine Rede sein, entgegnete [Norbert Römer](#) (SPD): „Es geht darum, hier in Nordrhein-Westfalen die Konvention der Vereinten Nationen umzusetzen – im Interesse der Kinder.“ Wichtig sei nun, die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden fortzuführen. Gleichzeitig machte der SPD-Fraktionsvorsitzende deutlich: „Wir haben auch Verantwortung für die Landesfinanzen.“ Auf dem Tisch liege ein gutes Angebot, das weit über das hinausgehe, was das Land eigentlich leisten müsse, so Römer. Dass das Land nicht die Kosten für aus Bundesrecht erwachsene kommunale Aufgaben tragen könne, sei doch allen klar. Dennoch wolle NRW hier freiwillig Geld investieren.

„Wir wünschen Ihnen, dass es ein Ergebnis gibt“, äußerte sich [Armin Laschet](#) (CDU) zu den aktuellen Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Die Unterrichtung durch die Schulministerin bezeichnete er gleichwohl als Schau. „Spalten Sie nicht die kommunale Familie, sondern liefern Sie“, forderte der CDU-Fraktionsvorsitzende die Regierung auf. Zudem kritisierte er, dass Rot-Grün eine auf Quantität ausgerichtete Inklusionspolitik mit der Brechstange durchsetze und die Kommunen mit den dauerhaften Kosten alleine lasse. Opfer seien am Ende die Kinder, befürchtete Laschet und betonte: „Konnexität ist keine Verhandlungsmasse, Konnexität ist ein Verfassungsrecht.“

„Es ist ein schwieriger Prozess, das ist ja nicht zu bestreiten“, meinte [Reiner Priggen](#) (GRÜNE). Rot-Grün habe schon viel für die Kommunen erreicht und einiges aus der Vergangenheit wieder geradegerückt. Es sei richtig, nun bei den Inklusionskosten miteinander zu ringen, so der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende: Das Land biete an, noch einmal 175 Millionen Euro in die Hand zu nehmen. Priggen verwies zudem auf zusätzliche Personalstellen aus Demografiegewinnen. Gleichzeitig machte er deutlich, dass das Thema Barrierefreiheit nicht erst mit dem Inklusionsgesetz aktuell geworden sei. Folglich könne das Land auch nicht verpflichtet werden, alle daraus erwachsenen Kosten zu tragen.

[Monika Pieper](#) (PIRATEN) bedauerte, dass die Verhandlungen bislang ohne erfolgreichen Abschluss geblieben seien. Ihre Fraktion habe schon im vergangenen Haushaltsverfahren beantragt, dass die Schulträger für die Umsetzung des gemeinsamen Lernens finanzielle Unterstützung erhalten sollten, betonte die Abgeordnete. Dies hätte die nun eingetretene „Misere“ verhindern können. Fest stehe: „Der aktuelle Stand kann uns aber nicht zufriedenstellen“, machte Pieper deutlich. Derzeit sei nicht sicher, ob die Unterstützung die Schulen zum nächsten Schuljahr überhaupt noch rechtzeitig erreiche. Sie forderte die Regierung daher auf: „Nehmen Sie jetzt das Geld in die Hand, unterstützen Sie die Kommunen!“

bra





## Wer nicht da ist, macht keinen Ärger

### Fußball-Krawalle: CDU will Instrument der Meldeauflagen stärken

20. Februar 2014 – Wer sich am Samstag um halb vier bei der Polizei in Dortmund meldet, kann nicht gleichzeitig beim Stadionbesuch in Gelsenkirchen randalieren: Diese Idee steckt hinter dem Instrument der Meldeauflage, das die CDU in NRW zu einer polizeilichen Standardmaßnahme machen will. Ziel sei es, Krawalle rund um Fußballspiele einzudämmen. Dazu hat die Fraktion dem Landtag den [Entwurf für ein neues Polizeigesetz](#) vorgelegt (Drs. 16/5038) und eine hitzige Debatte im Plenum ausgelöst.

Seine Fraktion wolle erreichen, dass bekannte Gewalttäter erst gar nicht zu den Spielorten anreisen dürften, unterstrich [Theo Kruse](#) (CDU). Meldeauflagen seien hierfür ein geeignetes Mittel, die Polizei in NRW setze sie aber nur zurückhaltend ein. Als Ursache nannte Kruse eine aus seiner Sicht unklare Rechtsbasis für den Einsatz solcher Auflagen. Der Gesetzentwurf der CDU sehe daher eine spezielle Eingriffsermächtigung im Polizeigesetz vor, erläuterte der Abgeordnete. Kruse warf der rot-grünen Landesregierung vor, den „Gewaltexzessen“ rund um Fußballspiele hilflos gegenüberzustehen. Zahlreiche vorgeschlagene Maßnahmen hätten sich als untauglich erwiesen.

Sowohl NRW-Verwaltungsgerichte als auch das Bundesverwaltungsgericht hätten sich längst mit der hier im Raum stehenden Frage auseinandergesetzt, hielt [Andreas Kossiski](#) (SPD) seinem Vorredner entgegen. Die Antwort sei eindeutig: Die vorhandene polizeirechtliche Generalermächtigung reiche aus. Zudem kritisierte Kossiski, selbst Polizeibeamter, CDU und FDP dafür, dass sie ihre Argumente zur Gewalt rund um Fußballspiele willkürlich vortrügen. Erst im Januar hätten sie gefordert, die Polizei müsse auf Basis des aktuellen Gesetzes mit Meldeauflagen konsequenter gegen Gewalttäter vorgehen – nun reiche die rechtliche Grundlage hierfür plötzlich nicht mehr aus.

Ähnlich betonte auch [Verena Schäffer](#) (GRÜNE): „Bereits heute ist die Anwendung von Meldeauflagen durch die Generalklausel im Polizeigesetz möglich.“ Dies sei kein neues Instrument, allerdings auch kein Allheilmittel und komme relativ selten zum Einsatz, so die Abgeordnete. Das liege unter anderem an den zu Recht hohen Hürden. Schäffer bezeichnete es als bürgerrechtlich problematisch, Meldeauflagen auszuweiten. Dennoch sei es nicht verkehrt, dem Instrument transparent und nachvollziehbar einen eigenen Paragraphen im Polizeigesetz zu widmen – auch wenn dies rechtlich nicht zwingend sei. Dabei, betonte Schäffer, dürfe man nicht nur auf den Fußball abheben.

#### VERHÄLTNISSÄSSIGKEIT

„Inzwischen bekennt sich auch Rot-Grün dazu, dass Meldeauflagen durchaus ein geeignetes Mittel sein können“, lobte [Dr. Robert Orth](#) (FDP). Dies gelte aus seiner Sicht für Situationen, wo das Land die Menschen punktuell vor Gewalt durch anreisende Kriminelle schützen wolle. Mit dem Entwurf der CDU war Orth aber nicht einverstanden. Meldeauflagen dürften – anders als darin vorgesehen – stets nur punktuell und für kurze Zeit wirken: „Wir können den Menschen, die zum Beispiel aus Gladbach kommend

in Köln arbeiten, auch nicht erklären, dass ihre Meldeauflage sich über das ganze Wochenende erstreckt, sodass sie nicht einmal mehr ihre Arbeitsstätte erreichen können.“

„Meldeauflagen sind inzwischen faktisch eine Standardmaßnahme; dann können sie auch förmlich zu einer werden“, meinte der PIRATEN-Abgeordnete [Dirk Schatz](#). Die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Umsetzung gefalle ihm aber nicht. „Ihnen geht es im Prinzip nur darum, Ihr repressives Image zu pflegen“, kritisierte Schatz, Polizeikommissar a. D. Eine Maßnahme aus der polizeilichen Generalklausel herauszunehmen und spezifisch zu beschreiben, mache nur Sinn, wenn der Handlungsrahmen klar definiert und begrenzt werde. Dies fehle jedoch im Gesetzentwurf. So bleibe auch unklar, welche Voraussetzungen für eine Meldeauflage gegen eine Person erfüllt sein müssen.

[Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) bemängelte, dass die CDU von falschen Voraussetzungen ausgehe. Meldeauflagen gehörten bereits zur gängigen Polizeipraxis. Er verstehe den Wunsch der Parlamentskollegen, deren Einsatz möglicherweise erleichtern zu wollen. „Das scheitert aber zurzeit eben nicht an den gesetzlichen Grundlagen im Polizeigesetz, sondern es scheitert an den hohen rechtlichen Hürden, die immer – egal wo diese Eingriffsnorm verankert ist – vorhanden sind“, betonte der Minister. Meldeauflagen griffen immer tief in die Grundrechte eines Menschen ein, weshalb die Verhältnismäßigkeit besonders abzuwägen sei, so Jäger: „Ihr Gesetzentwurf schafft keinen Vorteil.“ *bra*

#### Weitere Beratung

Im Weiteren wird der Innenausschuss federführend über den [Gesetzentwurf](#) (Drs. 16/5038) beraten. Der Sportausschuss und der Rechtsausschuss werden mitberatend tätig. Nach Abschluss der Ausschussberatungen folgt eine zweite Lesung im Plenum.

## Schwierige Rahmenbedingungen ...



... findet Griechenland vor: Das Land hat zwischen Krise und Europawahl derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne. Umso mehr kommt es auf gute Kontakte und vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Vor diesem Hintergrund empfing Landtagspräsidentin Carina Gödecke den Botschafter der Hellenischen Republik S.E. Panayotis Zografos im Landtag Nordrhein-Westfalen und bekräftigte, die Beziehung zu Griechenland sei durch „Respekt und freundschaftliche Zuwendung“ gekennzeichnet. Beide erörterten die Herausforderungen der griechischen EU-Ratspräsidentschaft mit der Gefahr eines möglichen Anwachsens europakritischer Stimmen bei der Wahl des Europa-Parlaments am 25. Mai dieses Jahres.

Foto: Schälte





# Kamps magnetischer Stundenplan



Foto: Schälte

## Problem Unterrichtsausfall

### Eine richtige Debatte zur falschen Zeit?

19. Februar 2014 – Wenn Schulunterricht ausfällt, ist das nicht gut. So weit sind sich alle Fraktionen einig. Auf Antrag der CDU (Drs. 14/5043) hat der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde darüber gestritten, was zu tun ist. Tatenlosigkeit werfen die einen der Landesregierung vor – Sachdebatten statt Klamauf fordern die anderen. Was steckt dahinter?

**Petra Vogt** (CDU) hatte den Eindruck, dass die Schulministerin gar nicht wissen wolle, wie viel Unterricht an den Schulen in NRW ausfalle. Anders könne sie sich nicht erklären, warum die Regierung nicht endlich ein Konzept vorlege, wie der Ausfall von Stunden zuverlässig erhoben werden könne. Stattdessen verweise sie auf ein [Gutachten im Auftrag des Ministeriums](#), das zu dem Schluss komme, dass die Erhebung 700 zusätzliche Lehrerstellen erfordere und damit sehr aufwendig sei. Vogt hielt dem dagegen: Andere Bundesländer hätten Statistiken, Schulpraktiker aus NRW hätten bereits Vorschläge gemacht, Landesrechnungshof (LRH) und Haushaltskontrollausschuss des Landtags forderten entsprechende Daten.

#### STATISTIKEN NICHT ZUVERLÄSSIG

Es gehe der CDU nicht darum, gemeinsam an sachlichen Konzepten zu arbeiten, meinte **Renate Hendricks** (SPD). Schließlich habe man im Schulausschuss beschlossen, erst mit der Verfasserin das angesprochene Gutachten zu erörtern, bevor man Schlüsse daraus ziehe. Die Ergebnisse aus der Expertise seien für alle überraschend gewesen: Ressourcen nicht für die Erhebung von Stundenausfall zu verwenden, sondern für seine Vermeidung. Zwar habe ihre Vorrednerin Recht, wenn sie sage, Schwarz-Gelb habe Statistiken zum Stundenausfall geführt. Das seien jedoch nur Stichproben gewesen. Und diese hätten nur halb so hohe Werte ergeben wie die Gegenprobe des Landesrechnungshofs.

**Sigrid Beer** (GRÜNE) kritisierte, dass die CDU dem Vorschlag, zunächst mit der Gutachterin zu diskutieren, intern zugestimmt, gleichzeitig aber der Ministerin öffentlich Untätigkeit vorgeworfen habe. Dabei habe schon die frühere CDU-Ministerin zugegeben, dass die Erhebung des Stundenausfalls personalaufwendig sei und Lehrkräfte lieber unterrichten als Statistiken führen sollten. Im Übrigen stelle in jedem Bundesland, das Statistiken zu dem Thema führe, der LRH fest, dass die Zahlen nicht stimmten. Die GRÜNEN-Abgeordnete rief zu einer Rückkehr zur Sachdebatte auf: Es gebe Schulen in NRW, die bekämen das Problem in den Griff. Ihnen gelte ihr Interesse.

Unterrichtsausfall sei kein Kavaliersdelikt, meinte **Yvonne Gebauer** (FDP), denn er könne zu erheblichen Defiziten der Lernenden führen. Rot-Grün aber habe trotzdem die Hände in den Schoß gelegt. Die Abgeordnete vermutete hinter einem jahrelangen Stillstand eine gezielte Strategie. Gebauer betonte das Recht des Parlaments und der Eltern auf Transparenz auch bezüglich fachfremd erteilten Unterrichts. Sie zog die wissenschaftliche Qualität des Gutachtens in Zweifel. Die genannten 700 Stellen, die es für eine Erhebung brauche, seien jedenfalls ein Totschlagargument, um keine repräsentative Statistik einführen zu müssen. Genau das aber sei Aufgabe der Ministerin.

Das Ziel des Antrags unterstützte **Monika Pieper** (PIRATEN), aber den Zeitpunkt der Debatte hielt sie für „völlig unpassend“ – eben weil noch Gespräche mit dem LRH und der Gutachterin ausstünden. Die Stichproben zum Unterrichtsausfall, die von denen des Landesrechnungshofs abwichen, zeigten doch, dass das

Verfahren unzureichend sei. Sie lenkte außerdem den Blick auf strukturellen Unterrichtsausfall wie etwa ein ganzes Jahr ohne Musikstunden. Die Bundesländer hätten verschiedene Methoden und Kriterien für ihre Statistiken. Für sinnvoller hielt es Pieper, nun ein Verfahren zu entwickeln, das bundesweit anwendbar sei und damit auch Vergleichbarkeit bringe.

#### AUFWAND

„Der einzige Grund, warum wir das ausgesetzt haben, ist ein qualitativer“, bestätigte **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (GRÜNE). Mit vertretbarem Aufwand seien eben nur die wenig verlässlichen Stichproben möglich. Deshalb müssten künftige Studien mit einem akzeptablen Aufwand ein realistisches Bild des Unterrichtsgeschehens in NRW liefern. Komme man im Parlament nicht zeitnah zu entsprechenden Vorschlägen, „dann mache ich es mir ganz leicht“, kündigte Löhrmann an: Dann werde auch sie nur Stichprobenstatistiken vorlegen, wie ehemals die CDU. Die Kinder und Jugendlichen aber hätten eigentlich einen Anspruch auf qualitativ hochwertige Schulpolitik.

sow

#### Direkte Abstimmung

Bei der direkten Abstimmung über den [Antrag](#) der CDU-Fraktion (Drs. 14/5043) stimmten CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Robert Stein dafür, SPD, GRÜNE und PIRATEN dagegen. Damit hat der Landtag den Antrag abgelehnt.





# Was bleibt von heute für morgen?

## Kulturelles Erbe NRW: Wie abgrenzen, wie bewahren?

*20. Februar 2014 – Vor rund 2.000 Jahren wurde das sogenannte Gilgamesch-Epos verfasst, eines der ältesten schriftlichen Dokumente der Menschheit; es ist heute zumindest teilweise entziffert. Digitale Texte, abgespeichert vor rund 20 Jahren, sind dagegen heute zum Teil überhaupt nicht mehr lesbar. Wie also ist das kulturelle Erbe zu bewahren? Was ist überhaupt bewahrenswert? Was ist – auch angesichts der gigantischen digitalen Datenflut – zu löschen? Fragen, denen sich der Landtag NRW auf Antrag der PIRATEN (Drs. 16/5027) stellte.*

Nordrhein-Westfalen besitze eine reiche Kulturlandschaft, betonte [Lukas Lamla](#) (PIRATEN). Oft unwiederbringliches Kulturgut werde in Bibliotheken, Museen, Archiven und Dokumentationszentren dezentral gesammelt und aufbereitet. In all diesen Institutionen würden große Mengen an Unterlagen digitalisiert, auch um sie der Bevölkerung unkompliziert online und barrierefrei zugänglich zu machen. Allerdings würden gerade hier nicht genügend Finanzmittel eingesetzt. Daher sei es notwendig, zunächst einmal mit Fachleuten einen Überblick über den Bestand zu erarbeiten, um dann planen zu können, welche Unterlagen in den kommenden Jahren digitalisiert werden sollten.

Das Datenvolumen im Internet verdoppele sich alle zwei Jahre, erläuterte [René Schneider](#) (SPD). Daher brauche man eine klare Festlegung, was man bewahren wolle und könne – verbunden mit der Frage, was eine solche Auswahl für die zukünftige Deutung unserer Gegenwart bedeute. Die Digitalisierung analoger Kulturgüter berge den Vorteil, dass man sie einem breiten Publikum zur Verfügung stellen könne. Problematisch sei, dass Festplatten ihre Informationen teils nur rund fünf Jahre festhielten. Hinzu komme, dass Hard- und Software schnell veralte und daher nach einer gewissen Zeit nicht mehr nutzbar sei. Bücher dagegen trügen ihre Information mehrere hundert Jahre.

### PROBLEM DER AUSWAHL

Es sei nicht selten schwierig, elektronische Daten, die man vor 20 Jahren abgespeichert habe, heute noch zu öffnen, so [Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg](#) (CDU). Gleiches gelte für die Daten des ersten Online-Bildschirmdienstes BTX, der von 1983 bis 2001 in Betrieb war. Im heutigen Internet drohe Ähnliches, wenn man sich nicht mit dessen Archivierung beschäftige. Während man Online-Bücher und -Zeitungen relativ einfach digital aufbewahren könne, sehe das zum Beispiel bei Blogs, bei Radio und Fernsehen ganz anders aus. Hier stellten sich zum Beispiel die Fragen, was aufbewahrt werden solle, wer die Auswahl treffen solle und wie es mit dem Urheberrecht aussehe.

Die Frage der Auswahl hielt auch [Oliver Keymis](#) (GRÜNE) für das entscheidende Problem. Diese Arbeit sei jedenfalls sehr personalintensiv. Dies habe auch ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landesarchivs NRW gezeigt. Angesichts des benötigten Aufwands müssten die PIRATEN daher sagen, woher das Geld kommen solle. Denn der Haushalt sei gerade auch im Kulturbereich so eng gestrickt, dass man nicht genügend Mittel habe, alle Forderungen zu erfüllen. Jedenfalls sei das Thema wichtig, müsse aber mit viel Realismus betrachtet werden. Der GRÜNEN-Sprecher regte daher ein Fachgespräch unter Beteiligung des Landesarchivs NRW sowie des Digitalen Archivs NRW an.

Es könne nicht Aufgabe einer Landesregierung sein, zu bestimmen und zu katalogisieren, was das aus ihrer jeweiligen Sicht erhaltenswerte kulturelle Erbe NRWs sei, wandte sich [Ingola Schmitz](#) (FDP) gegen den Antrag. Ihre Fraktion wolle kein Zentralregister für kulturelle Ausdrucksformen. Ablehnend stand sie auch der Forderung nach dem Einsatz „erheblicher Personalressourcen und Finanzmittel“ gegenüber. Aus ihrer Sicht belegten permanente Kürzungen im Kulturretat, dass für SPD und GRÜNE Kulturpolitik keine Priorität habe. Gleichzeitig sägen sie am zweiten Standbein der kulturellen Vielfalt in NRW, dem privaten freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Die gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen für das analoge wie auch digitale Kulturgut werde bereits umgesetzt, betonte Wissenschaftsministerin [Svenja Schulze](#) (SPD). Nordrhein-Westfalen sei das bislang einzige Land, das mit einem „Digitalen Archiv“ daran arbeite, eine landesweite Infrastruktur zu schaffen, um digitales Kulturgut langfristig zu sichern. Diese stehe Land und Kommunen sowie Kultur- und Gedächtniseinrichtungen gleichermaßen zur Verfügung. Mengen- und Kostenplanungen seien in diesem Bereich allerdings schwierig. Daher sprach sich die Ministerin dafür aus, mit den vorhandenen Ressourcen funktionsfähige technische Lösungen zu entwickeln. CW

### Weitere Beratung

Der Antrag ([Drs. 16/5027](#)) wurde vom Plenum zur Fachberatung einstimmig an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Foto: Schälte





# 24 Stunden Tagesschau

## Landesmedienrecht im digitalen Zeitalter

Foto: Schälte

März 2014 – Um 20 Uhr kommt die Tagesschau. Dann sind Telefonate oder andere „Störungen“ für eine Viertelstunde tabu – so war es einmal. Heute ist nicht nur die Tagesschau rund um die Uhr online verfügbar, sondern so gut wie alle Nachrichten. Das ändert das Verhalten von Medienmachern und Mediennutzern. Mit einer Änderung des Landesmediengesetzes will die Landesregierung erreichen, dass die Vielfalt des Angebots gesichert wird. Herrscht über dieses Ziel auch weitgehende Einigkeit, sind die konkreten Maßnahmen allerdings politisch umstritten.

Die digitale Welt verändert das Informations- und Medienangebot, das Nutzerverhalten, das Verhältnis zwischen denjenigen, die Nachrichten anbieten und denjenigen, die sie nachfragen. Viele Nutzerinnen und Nutzer schätzen gut recherchierte Informationen und entsprechend aufbereitete Meinungen. Sie wollen auswählen können aus einer Vielfalt unterschiedlicher Medienangebote. Hierzu gehören Zeitungen, Radio, Fernsehen, aber eben immer stärker auch das Internet, zu Hause und unterwegs. Erstere bieten ein endliches Gesamtpaket an ausgewählten, vor- und aufbereiteten Beiträgen – teils informativ, teils unterhaltsam. In der Online-Welt dagegen gilt es, selbst zu recherchieren und zusammenzustellen, was man lesen, sehen oder hören will.

### NEUER NUTZEN, NEUE GEFAHREN

Diese Mehrarbeit bringt auf der anderen Seite eine Zusammenstellung der ganz auf die eigenen Bedürfnisse und Interessen zugeschnittenen Inhalte und steht rund um die Uhr überall zur Verfügung. Das selbstständige Heranholen von Inhalten im Internet ist auch deshalb anstrengend, weil im Kleingedruckten Gefahren lauern können. Der mündige Internetbürger mag sich gefahrlos ein e-Paper mit überschaubaren Kosten herunterladen. Wenn er aber eine Illustrierte bestellen will, kann es schon passieren, dass er ungewollt ein Abonnement mit Folgekosten abschließt. Und so ist der Handel im Internet zu einem relevanten [Verbraucherschutzthema](#) geworden (mehr dazu auf Seite 9).

Die Medienordnung müsse auch im Online-Zeitalter die verfassungsrechtlich gebotene Vielfalt sichern, meint die Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Die fortschreitende Veränderung gebiete eine Überprüfung bestehender Regelungsmodelle und Rahmenbedingungen. Dies will die Regierung über eine Weiterentwicklung des Landesmedienrechts erreichen. Diese wurde dann selbst zu einem Testlauf neuer Formate: Im März/April 2013 hatten alle Bürgerinnen und Bürger vier Wochen lang die Möglichkeit, sich auf einer entsprechenden [Website](#) mit Kommentaren, Vorschlägen oder Kritik einzubringen. Nach deren Auswertung legte die Landesregierung dann einen überarbeiteten Entwurf zur Änderung des Landesmediengesetzes ([Drs 16/4950](#)) vor.

Dieser soll auf der Angebotsseite die Medienvielfalt fördern, auf der Nutzerseite die Medienkompetenz. Hier geht es zum Beispiel um den selbstbestimmten und verantwortungsvollen Umgang mit Medien. Eine besondere Zielgruppe des Vorhabens sind Kinder und Jugendliche. Des Weiteren beabsichtigt die Landesregierung, die Medienaufsicht durch die Landesanstalt für Medien NRW (LfM) zu stärken. Dabei sollen – analog zur beschriebenen Online-Konsultation – die Nutzerinnen und Nutzer mit eingebunden werden. Das funktioniere nur, so der Entwurf, wenn die Medienaufsicht in Zukunft insgesamt transparenter arbeite. Außerdem soll die Aufsicht über die Telemedien in der Hand der LfM gebündelt werden.

Auf der Suche nach immer neuen und immer größeren Nutzerkreisen stehen Medienanbieter im Internetzeitalter in internationaler Konkur-

renz. Das führt zur Suche nach möglichen Synergieeffekten, also zum Beispiel zur kostensparenden Zusammenlegung von Medienangeboten.

### VIELFALT FÖRDERN

Hierunter könnte die Vielfalt von Medien in lokalen und regionalen Räumen leiden, befürchtet die Landesregierung. Sie will dieser Tendenz durch entsprechende Förderung entgegenwirken. Einen weiteren Baustein soll in diesem Zusammenhang auch die Stärkung der dualen Rundfunkordnung von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk darstellen.

In der Debatte im Plenum (Seite 8) haben die Fraktionen den beschriebenen Gesetzentwurf jedoch unterschiedlich bewertet. Geht das Konzept nicht an dem geänderten Nutzerverhalten vorbei?, lautete eine der Fragen. cw

### Rundfunkbeiträge

Der Landtag hat eine Forderung der FDP ([Drs. 16/5035](#)) abgewiesen, zu viel gezahlte Rundfunkbeiträge müssten den Beitragszahlerinnen und -zahlern vollständig zurückerstattet werden. Mit Verweis auf eine laufende Überprüfung, die auch die heutige Belastung möglicherweise benachteiligter Gruppen sowie stark gestiegene Beiträge für einige Unternehmen einbezieht, fand der Antrag bei den anderen Fraktionen keine Zustimmung. Ein weiteres Argument in der Debatte war der angestrebte schrittweise Ausstieg des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus der Werbung.





## Bestens informiert?

### Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt im Zeitalter des Internets

20. Februar 2014 – *Meinungsfreiheit und Medienvielfalt: Diese seien die Ziele einer Novellierung des Landesmediengesetzes (Drucksache 16/4950), so Landesregierung, SPD und GRÜNE. Gestärkt werden solle die Rolle lokaler Medien, aber auch Transparenz und Bürgerbeteiligung. Die Landesregierung wolle herrschen, bestimmen und dann huldvoll Fördermittel verteilen, kritisierte dagegen die CDU. Ebenso wie die FDP befürchtete sie überdies, die digitale Welt funktioniere anders, und das propagierte Medienmodell sei nicht mehr zeitgemäß. Die Notwendigkeit einer unabhängigen Förderung von Qualitätsjournalismus betonten die PIRATEN.*

Vielfalt, Partizipation und Transparenz seien Kernelemente des Gesetzentwurfs, so [Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren](#) (SPD). Notwendig seien Strukturen, die Vielfalt gerade auch im lokalen und regionalen Bereich durch starke private Angebote ermöglichen. Des Weiteren müsse man Bürgerinnen und Bürger verstärkt

Der Entwurf spiegele nicht den Stand der aktuellen Medienentwicklung wider, entgegnete [Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg](#) (CDU). So würden Radio und Fernsehen anders genutzt, als man dies im traditionellen Programmschemadenken glaube. Der Bürgerfunk etwa sei nicht innovativ, sondern ein „schönes, altes, gemütliches The-

den Bürgermedienangebote weiter ausbauen. Grundsätzlich sollten private Angebote weitere Möglichkeiten erhalten, ohne dem öffentlich-rechtlichen Angebot zu nahe zu kommen.

[Thomas Nüchel](#) (FDP) sah im Gesetzentwurf ein Werk der „analogen Romantik“, nicht den großen Wurf für das digitale Zeitalter. Vielmehr wolle die Regierung ihren Einfluss auf die Medien vergrößern sowie althergebrachte Strukturen bewahren und vor Wettbewerb schützen. So werde durch die vorgeschlagene neue Regelung die Unabhängigkeit der Mitglieder der Medienkommission gegenüber der regierenden Mehrheit sinken, befürchtete Nüchel. Über geplante Fördergelder wolle sich die Landesregierung eine günstige Berichterstattung verschaffen, vermutete er. Das Ziel sei wohl, bislang unabhängige Medien im Printbereich in öffentliche Strukturen zu überführen.



Fotos: Schälte

Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD)

Alexander Vogt (SPD)

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU)

Oliver Keymis (GRÜNE)

Thomas Nüchel (FDP)

Daniel Schwerd (PIRATEN)

in die Gestaltung der Medienordnung einbeziehen. Zur Stärkung der Medienaufsicht solle die Telemedienaufsicht bei der Landesanstalt für Medien gebündelt werden. Deren Medienkommission solle zukünftig grundsätzlich öffentlich tagen. Die Bürgermedien wolle man vom Fernsehen auf den Hörfunk sowie eine digitale Beteiligungsplattform ausweiten.

Technische Entwicklungen, immer neue Funktionen und Anwendungen bei Tablet-PCs, Smartphones und Smart-TV veränderten die Medienwelt so schnell wie nie zuvor, meinte [Alexander Vogt](#) (SPD) und betonte: „Wir alle nutzen diese Möglichkeiten und sind Teil dieser Entwicklung.“ Mit der Erneuerung des Landesmediengesetzes wolle man darauf reagieren. In NRW, dem Medienland Nummer eins, erwirtschafteten rund 425.000 Beschäftigte in 25.000 Medien- und Kommunikationsunternehmen pro Jahr einen Umsatz von 126 Milliarden Euro. Ziele des Gesetzentwurfs sah Vogt in der Sicherung der Vielfalt der lokalen Medien und in der geplanten Stärkung der Medienkompetenz.

ma“. Information komme heute weitgehend über das Internet, das aber finde zu geringe Beachtung im Gesetzentwurf. Mediennutzerinnen und -nutzer seien heute nicht mehr auf die „huldvolle“ Zuweisung von Rechten und Mitteln durch den Staat angewiesen. Dagegen fehlten Arbeitsplätze bei Zeitungsmachern, die im Internet Gewinnmöglichkeiten suchten.

#### BÜRGERMEDIEN

„Welcher Staat ist das, vor dem Sie solche Angst haben?“, erwiderte [Oliver Keymis](#) (GRÜNE). Er verstehe ihn als gut geregelt, demokratisch legitimiert, mit vielen Freiheiten und Möglichkeiten. Das Internet beschrieb Keymis als Abrufmedium, während das Radio Informationen und Meinungen aussende. Daher gebe es hier ein anderes Verhältnis von Sender zu Empfänger. Gerade im lokalen Bereich seien Zeitung und Radio wichtiger als das Internet. Daher wolle der Gesetzentwurf die entsprechen-

Wie eine unabhängige Förderung von Qualitätsjournalismus genau aussehen solle, fragte [Daniel Schwerd](#) (PIRATEN). Mit Blick auf eine mögliche Beteiligung von Zeitungsverlagen am lokalen Hörfunk warnte er vor einer verstärkten Konzentration in den Medien. Zudem forderte Schwerd, dass zukünftig auch die Mediennutzerinnen und -nutzer einen eigenen Platz in der neu gestalteten Medienkommission erhalten müssten. Dass dieses Gremium zukünftig öffentlich arbeiten solle, begrüßte er. Weitere offene Punkte sah er hinsichtlich eines fairen Wettbewerbs zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern sowie der Rahmenbedingungen für Onlinejournalismus.

cw

#### Weitere Beratung

Nach der ersten Lesung im Plenum überwies der Landtag den Gesetzentwurf ([Drs. 16/4950](#)) zur Weiterberatung an den Ausschuss für Kultur und Medien.





# Zwischen grenzenloser Freiheit und Abzocke

## Verbraucherschutz im Internet

20. Februar 2014 – Beim Thema Verbraucherschutz denken viele erst einmal an Lebensmittelsicherheit und weniger ans Internet. Doch bei all den Waren, die mittlerweile übers World Wide Web gehandelt werden, greift auch die Abzocke um sich. Daher hat der Verbraucherschutz längst die digitale Dimension hinzugewonnen. Die GRÜNEN-Fraktion hat eine Große Anfrage (Drs. 16/3704) an die Landesregierung gestellt, um ein umfassendes Bild über diesen Teil der Netzpolitik zu erhalten. In der Aussprache über die Antworten (Drs. 16/4930), die die Landesregierung auf 125 Seiten schriftlich geliefert hat, kamen die Fraktionen zu unterschiedlichen Bewertungen und Schwerpunktsetzungen.



Foto: Schälte

„Verbraucherschutz ist ein wichtiger Teil der Netzpolitik der Landesregierung“, lobte [Matthi Bolte](#) (GRÜNE). 40 Prozent aller Beratungskontakte bei der Verbraucherzentrale hätten sich im Jahr 2012 ums Internet gedreht, betonte er die Bedeutung des Themas. Unter Rot-Grün solle NRW zum Medienland Nummer eins werden, stellte er heraus. Der Schlüssel zur digitalen Teilhabe liege in der Medien- und Datenschutzkompetenz. Damit von der älteren Generation nicht nur 40 Prozent teilhaben könnten, sei es wichtig, dort einen Schwerpunkt zu setzen. „Verbraucherpolitik hat einen Schutzauftrag“, sagte Bolte. Daher brauche es beides: sinnvolle Regulierung und möglichst viel Aufklärung.

„Die vorliegende Antwort der Großen Anfrage enthält eine Darstellung der vielfältigen Maßnahmen zur Aufklärung und Kompetenz-

vermittlung in Nordrhein-Westfalen“, fasste [Inge Blask](#) (SPD) zusammen. Eine besondere Bedeutung komme dabei der Steigerung der Medienkompetenz zu, worin die Landesanstalt für Medien aktiv sei. Ebenso hob Blask das Grimme-Institut und die Verbraucherzentrale NRW hervor. Dankbar war sie für eine auch von NRW getragene Bundesratsinitiative, an deren Ende die Einführung eines „Buttons“ gestanden habe, der Nutzerinnen und Nutzer im Internet dazu auffordere, diesen aktiv zu betätigen, wenn sie denn wirklich eine Kaufentscheidung treffen wollten.

[Christina Schulze Föcking](#) (CDU) dankte dem Minister und seiner Mitarbeiterschaft für die umfassenden Antworten, betonte aber: „Es kommt nicht auf die Fülle der Maßnahmen, sondern auf die Zielgenauigkeit an.“ Sinnvolle Aufklärungsfilmchen, die kaum angesehen würden,

verfehlten ihre Wirkung. Sie sprach auch die Eigenverantwortung der Nutzerinnen und Nutzer an. Allerdings sei für diese eine entsprechende Unterstützung seitens der Verbraucherzentrale „bitter nötig“. Angesichts der riesigen Werbeetats großer Unternehmen kämpfe die Institution zwar einen ungleichen Kampf, dürfe aber nicht nachlassen. Nachholbedarf sah Schulze Föcking beim Breitbandausbau in NRW.

### MÜNDIGER VERBRAUCHER

Dies unterstützte [Henning Höne](#) (FDP). Er sah in der umfassenden Antwort eine gute Grundlage für die weitere parlamentarische Arbeit, kritisierte aber ein pessimistisches Verbraucherbild, das die Landesregierung zeichne. Sie gehe offenbar davon aus, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vor allem schutzbedürftig seien. Dabei gehe es doch darum, diese selbstbewusst, eigenbestimmt und mündig zu machen. Denn „absolute Sicherheit gibt es leider nicht – weder analog noch digital“, erklärte der Abgeordnete. Er plädierte für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Transparenz, Aufklärung, Unterstützung und Eigenverantwortung – und dafür, den Menschen mehr zuzutrauen.

Es müssten die Warnlampen angehen, meinte [Frank Herrmann](#) (PIRATEN): „Da wird ein E-Mail-System mit eingebauter Behördenchnittstelle – ich meine damit De-Mail – einfach mal als ‚sicher‘ bezeichnet.“ Beim Thema Medienkompetenz als Kern- und Knackpunkt des Verbraucherschutzes im Internet las Herrmann eine Bankrotterklärung aus dem Dokument: „141-mal das Wort Medienkompetenz, aber keine Verankerung dieses Themas in den Lehrplänen der Schulen“, kritisierte er. Auf Medienkompetenz, Aufklärung und Befähigung komme es deshalb so sehr an, weil gesetzliche Regulierungen nur eine sehr begrenzte Wirkung hätten. „Das Internet hat keine Grenzen, und das ist auch gut so“, sagte er.

Als so vielschichtig und breit, dass auch andere Ministerien an der Beantwortung der Anfrage beteiligt gewesen seien, beschrieb [Verbraucherschutzminister Johannes Remmel](#) (GRÜNE) das Thema. Der Schutz vor Gefahren – klassische Staatsaufgabe – und die Wahrung der Freiheitsrechte: beides sei handlungsleitend und Zukunftsaufgabe. „Es geht nicht nur um den Schutz vor kriminellen Angriffen oder strafbaren Handlungen“, erklärte er, sondern auch um „Abzockermachenschaften“ am Rande der Legalität wie etwa Abmahnungen wegen Urheberrechtsverletzungen. Als bundesweit einzigartig lobte der Minister die gut aufgestellte Landschaft von Verbraucherzentralen in NRW. *sow*





## „Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

# Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



**Der technische Zugang zum schnellen Internet (Breitbandversorgung) in allen Landesteilen ...**

... ist zweifelsohne wichtig. Dies kann das Land nicht allein organisieren. Hier sind Unternehmen und der Bund gleichermaßen gefragt. Das Land wiederum muss die Beteiligten an einen Tisch bringen und gute Rahmenbedingungen schaffen. Auch EU-Fördermittel sollen gezielt eingesetzt werden.

... ist für viele Menschen ein bislang nicht erfülltes, aber dringliches Anliegen. Er ist Voraussetzung nicht allein für neue Geschäftsmodelle und Effizienzsteigerungen der mittelständischen Unternehmen, Freiberufler und Kreativschaffenden, sondern auch notwendige Grundlage für alle Haushalte zur Teilhabe am Internet.

**Um eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an den digitalen Medien zu gewährleisten, ...**

... muss die Netzneutralität gesetzlich abgesichert werden. Inhalte müssen gleich schnell durch das Netz geleitet werden. Nicht Unternehmen sollen bestimmen, welche Daten Priorität haben, sondern jede Bürgerin und jeder Bürger soll selbst entscheiden dürfen, was für sie und ihn wichtig ist.

... muss die Landesregierung konsequent den flächendeckenden Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen unterstützen, was sie bisher im Gegensatz zu anderen Bundesländern versäumt hat.

**Ein selbstbestimmter und nutzenbringender Umgang mit Medien setzt eine entsprechende Medienkompetenz voraus. Um diese zu erreichen, ...**

... beginnen wir mit dem Medienpass bereits in der Grundschule. Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance haben, den verantwortungsvollen Umgang mit Medien aller Art zu erlernen. Auch die Bürgermedien sind Teil unseres Konzeptes. Dafür brauchen wir in NRW starke Partner wie die Landesanstalt für Medien (LfM) und das Grimme-Institut.

... muss die Landesregierung die Landesanstalt für Medien und die Weiterbildungseinrichtungen bei ihren Angeboten zur Entwicklung von Medienkompetenz unterstützen und nicht – wie es der Entwurf zum neuen Landesmediengesetz vorsieht – eine vom Land gewollte fragwürdige Stiftung fördern.

**Um die Medienvielfalt in Nordrhein-Westfalen auch im Internetzeitalter zu sichern, ist es nötig, ...**

... dass der Wert von gutem Journalismus in der Gesellschaft anerkannt wird – auch finanziell. Wir setzen uns für Lokaljournalismus ein, weil er wichtig für die Demokratie vor Ort ist. Eine Stiftung soll hierbei Unterstützung bieten und Kompetenzen in NRW zusammenführen.

... Verlage auf ihrem Weg zu Multimediahäusern durch entsprechende Rahmenbedingungen zu unterstützen, damit sie im Internet Geld verdienen können.

**Inzwischen beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger im Internet online an vielen Debatten. Vor diesem Hintergrund sehe ich die Zukunft des Bürgerfunks und -fernsehens als ...**

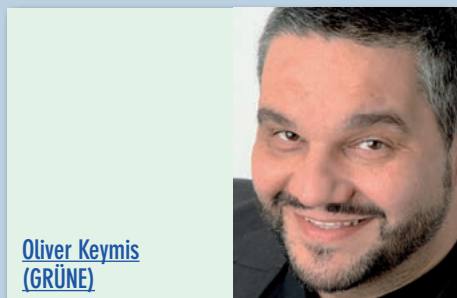
... ein Element der Bürgermedien, mit dem viele Zuhörerinnen und Zuhörer erreicht werden können. Beteiligung wird zukünftig auf verschiedenen Ebenen organisiert und schafft Meinungsvielfalt. Die technische Entwicklung bringt in diesem Bereich viele zusätzliche Möglichkeiten: Eine davon ist die zukünftige Online-Plattform für Bürgermedien.

... eine Einrichtung mit großer Tradition, aber deshalb abnehmender Bedeutung.



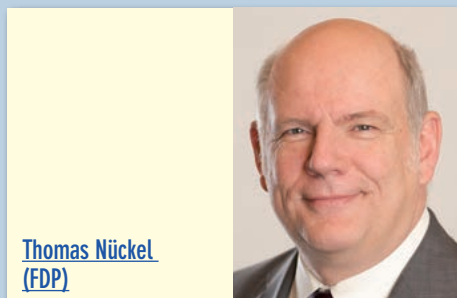


## Diesmal zum Thema Medien.



Oliver Keymis  
(GRÜNE)

... ist eine Frage der Daseinsvorsorge und dient der Zukunftssicherung des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier müsste dringend ein bundesweites Netzausbauprogramm mithilfe der EU, des Bundes und der Länder unter Einbeziehung der Netzausbaununternehmen erarbeitet und zeitnah umgesetzt werden.



Thomas Nüchel  
(FDP)

... ist Voraussetzung für die politische, kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Wer ungewollt vom Internet abgehängt ist, wird zunehmend von Wohlstand und Fortschritt abgehängt.



Daniel Schwerd  
(PIRATEN)

... ist schon heute die Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Partizipation aller Menschen. Leider verschläft die Landesregierung den nötigen Ausbau der Breitbandinfrastruktur – wir drohen den Anschluss an die digitale Zukunft zu verlieren.

... sollten wir möglichst schon in der Schule mit entsprechenden Medienbildungsangeboten beginnen, denn zur gleichberechtigten Teilhabe in der digitalen Welt gehören lebenslanges Lernen und Mitgestalten. Neben den Chancen müssen wir auch transparent über die Risiken der Mediennutzung aufklären.

... muss die Landesregierung den flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur voranbringen. Statt runder Tische und warmer Worte ist dafür unter anderem der Zugriff auf europäische Fördermittel vonnöten. SPD und GRÜNE verhindern diesen jedoch nach wie vor.

... darf es keine Barrieren geben, die Menschen ausschließen. Wir brauchen echte Netzneutralität: Der Gesetzgeber muss gleichmäßige Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten für Alle schaffen. Zudem müssen die derzeit unklaren Haftungsfragen für private und kommerzielle Anschlussanbieter neu geregelt werden.

... müssen wir uns politisch nicht nur für schnelle digitale Netze und vielfältige Empfangsmöglichkeiten einsetzen, sondern auch für mehr Kompetenz im Umgang mit Medien und Inhalten, denn gleichberechtigte Teilhabe erfordert Wissen und Verständnis für immer komplizierter werdende Zusammenhänge.

... muss sie vor allem in Schulen noch effektiver vermittelt werden. Aber auch der Landesanstalt für Medien kommt eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Medienkompetenz zu. Daher dürfen ihre Mittel nicht für ideologische Projekte wie die sogenannte „Stiftung Partizipation & Vielfalt“ zweckentfremdet werden.

... muss sie in Schule und Ausbildung vermittelt werden. Das bedeutet aber auch, dass Lehrer und Ausbilder geschult sein müssen – Medienkompetenz muss auch Erwachsenen vermittelt werden.

... vielfaltssichernde Gesetze zu beschließen, den Zeitungsvertrieb auch künftig über das bewährte Presse-Grosso-System zu sichern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seinem Bestand und seiner Entwicklung auch weiterhin qualitativ und (plattform-)unabhängig zu garantieren.

... verlorengegangenes Vertrauen in das Internet zurückzugewinnen. Vielfalt gedeiht nicht in einem Umfeld von Überwachung und Misstrauen. Dazu muss die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung verhindert und ein EU-Datenschutzabkommen, das auch für ausländische Konzerne gilt, abgeschlossen werden.

... Plattform- und Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Dann ist gewährleistet, dass auch kleine Anbieter faire Chancen haben, ihre Inhalte zu vermitteln. Zudem müssen wir den Menschen die Fähigkeit vermitteln, nicht nur als kompetente Nutzer, sondern auch als Anbieter am Netz teilzuhaben.

... weiterhin sehr wesentlich an. Bürgermedienkompetenz und Bürgerbeiträge im Rundfunk eröffnen Debatten, die dann in örtlichen Medien und auch im Netz weitergeführt werden. Lokale gesellschaftliche Teilhabe, die Demokratie vor Ort, braucht Sender und Empfänger dort, wo sich Menschen zu ihren Fragen vor Ort äußern.

... kleinen Beitrag zur Medienvielfalt an. Wir wollen Vielfalt bei Inhalten und Vielfalt bei Medienformen. Die entsprechenden Ordnungsrahmen – etwa das Landesmediengesetz – müssen daher regelmäßig angepasst werden, um mit der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.

... stärker im Netz und mit interaktiven Formaten und Medien. Bürgerinnen und Bürger treten im Internet nicht nur als Konsumenten auf, sondern immer stärker auch als Sender. Die Politik kann sie dabei unterstützen, indem sie öffentliche Inhalte in Zukunft grundsätzlich in freien Formaten anbietet.





## Laufende Gesetzgebung

| Drucksache              | Gesetz/Initiator  | Federführender Fachausschuss                  | (Geplante) Beratungsschritte          |
|-------------------------|---|---|---------------------------------------|
| <a href="#">16/5293</a> | Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze, LR  | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend      | 1. Lesung<br>27.3.2014                |
| <a href="#">16/5230</a> | Modernisierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften, LR                      | Vorschlag: Innenausschuss                     | 1. Lesung<br>26.3.2014                |
| <a href="#">16/5038</a> | Änderung des Polizeigesetzes, CDU   | Innenausschuss                                | Anhörung beschlossen                  |
| <a href="#">16/4950</a> | Änderung des Landesmediengesetzes und des Telemedienzuständigkeitsgesetzes, LR  | Ausschuss für Kultur und Medien               | Anhörung beschlossen                  |
| <a href="#">16/4819</a> | Ausbau des Kinderschutzes, CDU/FDP/PIRATEN  | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | Anhörung<br>22.5.2014                 |
| <a href="#">16/4824</a> | Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020, CDU   | Haushalts- und Finanzausschuss                | Anhörung geplant                      |
| <a href="#">16/4807</a> | Weiterentwicklung der Berufskollegs (Schulrechtsänderungsgesetz), SPD/CDU/GRÜNE   | Ausschuss für Schule und Weiterbildung        | in Beratung                           |
| <a href="#">16/4775</a> | Änderung des Kirchensteuergesetzes und des Kirchenaustrittsgesetzes, LR   | Hauptausschuss                                | 2. Lesung<br>26.3.2014                |
| <a href="#">16/4774</a> | LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, LR   | Haushalts- und Finanzausschuss                | Gespräch mit Sachverständigen geplant |
| <a href="#">16/4661</a> | Bereinigung des als Landesrecht fortgeltenden ehemaligen Reichsrechts, LR   | Innenausschuss                                | 2. Lesung<br>26.3.2014                |
| <a href="#">16/4575</a> | Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst, SPD/GRÜNE | Innenausschuss                                | 2. Lesung<br>26.3.2014                |
| <a href="#">16/4443</a> | Aufhebung des Tarifreue- und Vergabegesetzes, FDP   | Wirtschaftsausschuss                          | in Beratung                           |

| Drucksache              | Gesetz/Initiator  | Federführender Fachausschuss                  | (Geplante) Beratungsschritte  |
|-------------------------|---|---|-------------------------------|
| <a href="#">16/4380</a> | Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens, LR                                | Innenausschuss                                | 2. Lesung<br>26.3.2014        |
| <a href="#">16/4379</a> | Wohnungsaufsichtsrecht/ Wohnraumrecht, LR   | Bauausschuss                                  | in Beratung                   |
| <a href="#">16/4232</a> | Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften, LR                                | Bauausschuss                                  | in Beratung                   |
| <a href="#">16/4165</a> | Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet, PIRATEN             | Haushalts- und Finanzausschuss                | Ausschussberatung<br>3.4.2014 |
| <a href="#">16/4157</a> | Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, CDU  | Innenausschuss                                | Anhörung<br>8.4.2014          |
| <a href="#">16/4155</a> | Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU   | Rechtsausschuss                               | Anhörung geplant              |
| <a href="#">16/4151</a> | Körperschaftsrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, alle Fraktionen | Hauptausschuss                                | Ausschussberatung<br>8.5.2014 |
| <a href="#">16/3948</a> | Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten, PIRATEN               | Umweltausschuss                               | in Beratung                   |
| <a href="#">16/3457</a> | Änderung des Landesjagdgesetzes, LR   | Umweltausschuss                               | 2. Lesung<br>26.3.2014        |
| <a href="#">16/3388</a> | Demografiefeste, teilhaborientierte Infrastruktur (GEPA NRW), LR                      | Sozialausschuss                               | Anhörung<br>7.5.2014          |
| <a href="#">16/3248</a> | Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit, PIRATEN                      | Innenausschuss                                | Ausschussberatung<br>3.4.2014 |
| <a href="#">16/2723</a> | Änderung des Bestattungsgesetzes, LR  | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung                   |
| <a href="#">16/2124</a> | Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU   | Ausschuss für Kommunalpolitik                 | in Beratung                   |
| <a href="#">16/119</a>  | Änderung der Verfassung, PIRATEN  | Hauptausschuss                                | in Beratung                   |

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung - aktuell im Plenum entschieden

| Drucksache              | Gesetz  | Initiator       | Abstimmung im Plenum                       | Beschluss  |
|-------------------------|---|-----------------|--|------------|
| <a href="#">16/4823</a> | Änderung des Hinterlegungsgesetzes                    | CDU             | 1. Lesung 30.1.2014<br>2. Lesung 19.2.2014 | angenommen |
| <a href="#">16/3440</a> | Ausführungsgesetz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes | CDU/FDP/PIRATEN | 1. Lesung 11.7.2013<br>2. Lesung 19.2.2014 | angenommen |

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) ausführlichere Informationen.

# Lebensader Breitband

## EU-Gelder für schnellere Datennetze in NRW

19. März 2014 – Eine Welt ohne Internet? Unvorstellbar! Mehr als drei Viertel der über 14-Jährigen in Deutschland sind mittlerweile täglich, wenn nicht gar permanent online, Unternehmen und Institutionen nutzen für ihre Arbeitsprozesse vermehrt internetbasierte Technologien. In der Folge wachsen die zu transportierenden Datenmengen stetig und mit ihnen die Ansprüche an die technische Infrastruktur. Schneller, weiter, breiter lautet die Devise fürs Leitungssystem. Wer da ohne leistungsfähigen Breitbandanschluss bleibt, droht abgehängt zu werden. Thema eines Sachverständigengesprächs im Wirtschaftsausschuss.

„Ohne Geld ist vieles nichts“, unterstrich Dr. Markus Faber vom Landkreistag NRW im Gespräch mit den Abgeordneten. Die Kommunen vor Ort seien beim Breitbandausbau aus finanzieller Sicht meist nur eingeschränkt handlungsfähig. Auf Drängen des EU-Parlaments gebe es in der neuen EU-Förderperiode nun aber die Möglichkeit, den Ausbau zumindest in Gewerbegebieten für kleine und mittelständische Unternehmen über den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) bezuschussen zu lassen. Zwar verhalte sich die EU-Kommission dabei nach wie vor zurückhaltend, doch das „legislative Fenster“ sei geöffnet, betonte Faber.

Während Teile der Oppositionsfraktionen der Regierung im Ausschuss vorwarfen, dieses Fenster bislang nicht ausreichend genutzt zu haben, verwies Wirtschaftsminister Garrelt Duin auf das kürzlich vorgestellte operationelle Programm zum Abruf der Mittel in der neuen Förderperiode. Darin habe NRW ausdrücklich den Hochgeschwindigkeits-Breitbandausbau für kleine und mittelständische Unternehmen aufgeführt. Nach Freigabe des NRW-Programms durch die EU sollen laut Ministerium voraussichtlich ab Herbst schrittweise entsprechende Projekte starten.

„Das ist natürlich ein absolut richtiger Schritt“, betonte Dr. Jürgen Kaack von der Beratungsfirma STZ Consulting Group. Gleichzeitig warnte er allerdings vor der Illusion, den notwendigen Breitbandausbau komplett über solche Fördermittel stemmen zu können. Voraussetzung für den Abruf der EU-Mittel sei eine Unterversorgung der betreffenden Region. Diese sei qua Definition nur bei Datenübertragungsraten von unter zwei Megabit pro Sekunde gegeben, was extrem wenig sei und in NRW nur noch auf rund fünf Prozent der Anschlüsse zutreffe. Mit einer großen Durchschlagskraft rechne er daher nicht.

### KOORDINATION DAS A UND O

Aus Sicht von Kaack kommt es beim Breitbandausbau vor allem auf eine sinnvolle Koordination der Maßnahmen an, so wie dies im Nachbarland Hessen geschehe. Er machte sich für Breitband-Beauftragte in allen Kommunen stark. Vielfach fehle vor Ort das Geld, um die Personalkosten hierfür zu stemmen, so dass das Land im Zweifel einspringen müsse. Den von der Landesregierung einberufenen Runden Tisch zum Breitbandausbau bewertete Kaack als verfrüht. Dies mache erst Sinn, wenn eine Strategie vorliege, deren Umsetzung es

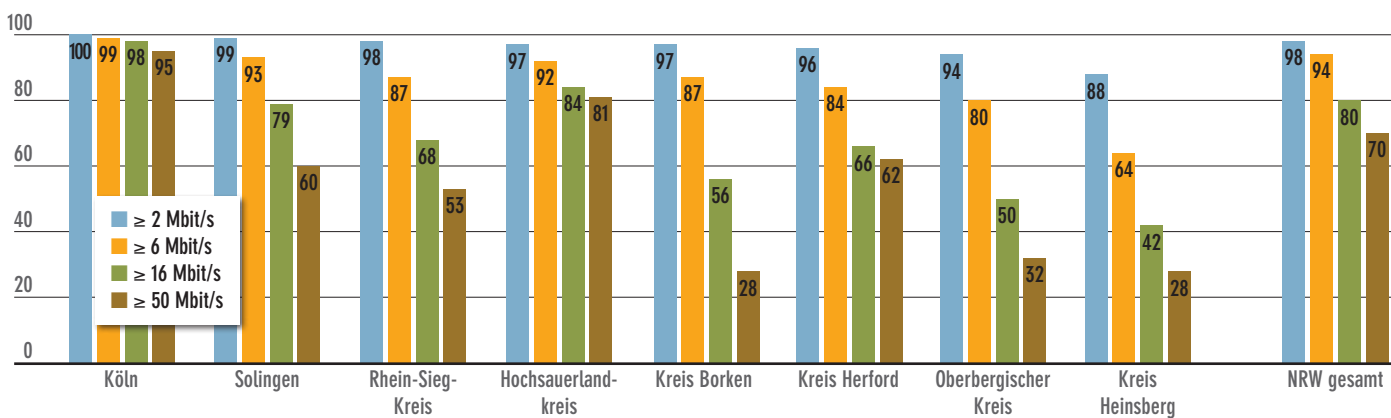
zu begleiten gelte. Eine solche Landesstrategie fehle bislang.

Darüber hinaus plädierte Kaack für langfristige kommunale Masterpläne: „Mal eben ein paar Meter Leerrohr verlegen, und das war es – das reicht nicht.“ Alle Ausbauaktionen müssten ineinandergreifen und Teil eines technischen Breitband-Gesamtkonzeptes sein. Stückweise Leitungen zu verlegen, ohne zu wissen, wo im Sinne eines funktionierenden Gesamtnetzes langfristig Netzknoten und Abzweigungen liegen müssten, mache schlichtweg keinen Sinn. *bra*

### Breitbandausbau in ländlichen Regionen

Neben dem EFRE-Topf, der in erster Linie der wirtschaftlichen Förderung dient, gibt es auf EU-Ebene einen zweiten Fonds, der insbesondere auf die ländlichen Regionen abzielt: den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Auch hieraus könnten Länder unter bestimmten Voraussetzungen (Unterversorgung und weniger als 10.000 Einwohner in dem betroffenen Gebiet) Mittel für den Breitbandausbau beziehen, erläuterte Dr. Markus Faber im Ausschuss. Für NRW komme dies aber so gut wie nicht infrage, da lediglich zwei Kreise überhaupt unter die Definition eines ländlichen Raumes fielen.

Geschwindigkeit des Internets in Mbit/s; Quote der Haushalte in Prozent



Wie unterschiedlich der Breitbandausbau in den einzelnen Regionen NRWs vorangeschritten ist, zeigt ein Ausschnitt aus dem [Breitbandatlas](#) des Landes

Quelle: Breitband.NRW





## +++Meldungen+++

### Veröffentlichte Rektorengehälter

26. Februar 2014 – „Ich bedauere sehr, dass die individuellen Gehaltsdaten der Hochschulen öffentlich geworden sind“, betonte Ministerin Svenja Schulze (SPD) in einer Sondersitzung des [Wissenschaftsausschusses](#). Noch sei offen, wo die Informationslücke liege. Interne dienstliche Prüfungen seien eingeleitet, eine Anzeige gegen Unbekannt gestellt worden, sagte Staatssekretär Dockter. Die Gehaltsaufstellung war vor gut einem Jahr als Antwort auf eine Anfrage der Piratenfraktion erstellt und dem Ausschuss damals lediglich anonymisiert und kumuliert zugeleitet worden. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die von Rot-Grün geplanten Transparenzregeln im Entwurf des neuen Hochschulgesetzes sprach Dr. Stefan Berger (CDU) – angesichts der Veröffentlichung – von Datenmissbrauch, um politisches Verhalten zu erzwingen.

### Kritisches Kommunal-Gutachten

14. März 2014 – Um ein von den IHKS in Auftrag gegebenes [Gutachten](#) zur Ausgabenlast der Kommunen in den verschiedenen Bundesländern ging es im [Ausschuss für Kommunalpolitik](#). Das Gutachten macht die zu leistenden Eingliederungshilfen als Hauptlast aus, besagt aber auch, dass viele der finanziellen Probleme der NRW-Kommunen hausgemacht seien und daher eine Lösung in Nordrhein-Westfalen zu suchen sei. Gegen diese Aussage verwehrt sich Innenminister Ralf Jäger. In einer [Stellungnahme](#) des Ministeriums zum Gutachten werden kritische Töne zum methodischen Vorgehen deutlich. CDU und FDP mahnten daraufhin, dass der Minister nicht einfach ein Gutachten, das aus seiner Sicht zu unzutreffenden Schlüssen komme, undiskutiert vom Tisch wischen könne. Man wolle sich mit dem Gutachten sehr wohl weiter beschäftigen, entgegnete Staatssekretär Bernhard Nebe. Je fundierter und tiefergehender die Erkenntnisse über die RZFinanzierungssysteme der anderen Bundesländer, desto besser sei dies für Verhandlungen des Landes mit dem Bund in dem Bestreben, dass dieser die Kommunen bei den Eingliederungshilfen künftig mehr unterstütze, meinte Minister Jäger. Darüber gab es Einigkeit.

### Fachleute gegen Grafiktaschenrechner im Matheunterricht

19. März 2014 – Im [Schulausschuss](#) haben Sachverständige einen [Antrag](#) der Piratenfraktion mehrheitlich unterstützt. Die Fraktion wendet sich gegen die Einführung von sogenannten Grafiktaschenrechnern (GTK) im Mathematikunterricht. Solche Taschenrechner können nicht nur rechnen, sondern auch beispielsweise Graphen darstellen. Nur könnten solche Funktionen ebenso bereits verfügbare kostenlose Open-Source-Computerprogramme übernehmen, stimmten die Sachverständigen der Meinung der PIRATEN zu. Die Anschaffungskosten von gut 100 Euro für einen GTK stünden also in keinem

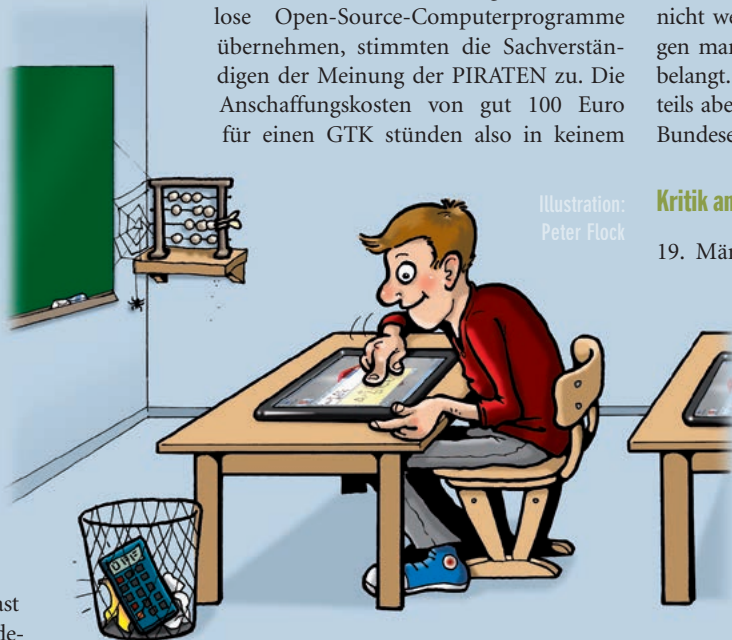


Illustration:  
Peter Flock

Verhältnis zum Nutzen. Vieles spreche dafür, es den Schulen freizustellen, auch andere Wege zu gehen, etwa mit Tablet-PCs zu arbeiten wie ein Gymnasium in Düsseldorf. Diese böten zudem durch individuelle Einstellungsoptionen Chancen für die Inklusion. Auch Sicherheitsaspekte sprächen für diese Lösung. Uneinig waren sich die Sachverständigen hinsichtlich der Finanzierung. Es gab Vorschläge zur Selbstbeschaffung durch die Eltern, zu Mietkauf- und zu Sponsorenmodellen bis hin zur Forderung, die Schulen seien entsprechend auszustatten.

### Sorge um Zukunft der Hebammen

19. März 2014 – Im [Frauenausschuss](#) erläuterte die Hebamme Daniela Erdmann, was die Prämienhöhung der Berufshaftpflichtversicherungen für sie und ihre Kolleginnen bedeutet: Nicht nur Hebammen, sondern auch kleine Krankenhäuser müssten aufgeben, weil sie die Versicherung nicht mehr zahlen könnten. Es gebe sogar Fälle, in denen Hebammen mit ih-

rem Privatvermögen haften müssten. Dabei sei die Zahl der Schadensfälle keineswegs gestiegen. Aber Sozialversicherungsträger stellten immer höhere Regressansprüche, setzten dabei mitunter voraus, dass Kinder aus Akademikerfamilien automatisch hohe Einkommen erzielt hätten, wären sie gesund geboren worden. Daher fordere der Hebammenverband den Verzicht der Sozialversicherungsträger auf solche Forderungen. Die Solidargemeinschaft sei einfach zu klein, um sie zu tragen. Zudem liege die Beweislast bei den Hebammen. Im Schadensfall würden sie dann nicht wegen falscher Handlungen, sondern wegen mangelnder Dokumentation der Unschuld belangt. Die Abgeordneten zeigten sich alarmiert, teils aber auch zuversichtlich, dass in Kürze auf Bundesebene eine Lösung gefunden werde.

### Kritik an massiver Abholzung

19. März 2014 – Die massive Abholzung an Bundes- und Landesstraßen in NRW kritisierten im [Umweltausschuss](#) sowohl Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE) als auch die oppositionelle CDU. Der Minister zeigte Verständnis für die Verärgerung, die sich auch in zahlreichen Zuschriften ausdrücke. Der Zusammenhang mit der Verpflichtung des Landes zu Holzlieferungen sei allerdings abwegig. Er verwies auf einen aktuellen gemeinsamen Erlass von Umwelt- und Verkehrsministerium unter Beteiligung der entsprechenden Landesbetriebe. Eine solche Zusammenarbeit solle sicherstellen, dass die notwendigen Pflegemaßnahmen ordentlich vorgenommen würden ([Vorlage 16/1728](#)).

### Krankenhausplan NRW 2015

19. März 2014 – Auf der Grundlage des Krankenhausplans 2015 will die Landesregierung die Entscheidung vorbereiten, über wie viele Betten und welche medizinischen Fachabteilungen die einzelnen Krankenhäuser zukünftig verfügen sollen. Der [Gesundheitsausschuss](#) beriet über die [Vorlage](#) zur regionalen Verteilung der stationären Angebote. Dabei erläuterte das Ministerium, man wolle sich am Bedarf orientieren und eine gute Versorgung sicherstellen. Die vorgelegten Zahlen seien Zielwerte; man hoffe, dass in den Kreisen nun alle Beteiligten aufeinander zugehen. Im Konfliktfall werde man eine gerichtlich überprüfbare Entscheidung treffen.



# Strom speichern fürs Klima

## Mehr Flexibilität könnte erneuerbaren Energien nützen

**14. März 2014 – Sie sind in Kameras, Taschenlampen, Radios und vielen anderen mobilen Geräten zu finden: Mit kleinen, handlichen Batterien lässt sich Strom speichern und problemlos andernorts nutzen. Dass solche Speichermedien aber durchaus mehr können, wurde spätestens mit der Einführung des Elektroautos deutlich. Ihre Bedeutung für ganze Energiesysteme erörterten nunmehr die Abgeordneten des Landtags in einer Anhörung der Enquetekommission „Zukunft der chemischen Industrie“. Dabei ging es nicht nur um die Speicherung von Strom, sondern auch von Wärme. Und gleichermaßen um Fragen der technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Effizienz (zu den schriftlichen Stellungnahmen).**

Am Ende sei es ein wirtschaftliches Problem, stellte Dr. Rainer Tamme (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) klar. Beim Einsatz neuer Technologien seien nicht allein die Leistungsfähigkeit und Effizienz entscheidend, sondern auch der Preis. Dies erläuterte er am Beispiel der Ergänzung von Solarzellen oder von Anlagen der Kraftwärmekopplung um sogenannte Langzeitspeicher für Wärme. Ein solches Vorhaben sei zwar für einen Einzelnen nach heutigem Stand gegebenenfalls noch zu teuer. Es stelle sich aber die Frage, ob und inwiefern nicht der Staat in einem solchen Fall die Vermeidung von fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas unterstützen wolle.

Dass Energiespeicher auch im Bereich der Elektrizität eine immer größere Rolle spielen werden, davon waren alle Experten überzeugt. Geeignete Speichermedien könnten dazu beitragen, Stromnetze in Zeiten des Spitzenverbrauchs zu entlasten, und mithelfen, eine unterbrechungsfreie Stromversorgung sicherzustellen, so Prof. Dirk Uwe Sauer (RWTH Aachen). Für ihn würden dabei die großen Speicher zukünftig mehr und mehr durch kleinere, dezentrale abgelöst. Diese kosteten weniger und besäßen zudem eine höhere Flexibilität. Allerdings müsse man darauf achten, dass Gewinnen von einzelnen Personen oder Unternehmen nicht insgesamt ein volkswirtschaftlicher Verlust gegenüberstehe.

### VERSORGUNGSSICHERHEIT

Die Energiewende brauche Flexibilität, betonte auch Clemens Triebel (Yunicos AG). Das Versorgungssystem müsse so umgestaltet werden, dass es zukünftig flexibler auf die schwankende Leistung von Wind und Sonne reagieren könne. Die Versorgungssicherheit erfordere, dass erneuerbare und konventionelle Energien, Stromnetze und Stromspeicher intelligent zusammenarbeiten. In diesem Fall sei es dann vielleicht auch möglich, konventionelle Kraftwerke ungefähr in dem Maße abzuschalten, wie man die erneuerbaren Energien ausbaue, so Triebel.

Die Politik müsse dabei die Frage lösen: Wie kann man mit dem Einsatz dieser neuen Technologien Geld verdienen? Vor dem Hintergrund des EEG-Modells sprach sich Triebel daher gegen subventionierte Lösungen aus. Dem widersprach Sauer und verwies auf die im Einzelfall doch kostenintensive Anlauf- und Erprobungszeit. Eine zielorientierte Technologieförderung sei aus seiner Sicht daher notwendig. Eine solche Förderung könne man als Fondsmodell gestalten, schlug Dr. Georg Markowz (Evonik Industries AG) vor. Falls die neue Technologie rentabel sei und Geld einbringe, könnten die Investoren die Förderung dann ja zurückzahlen. Notwendig sei in diesem Zusammenhang, den Strommarkt so zu gestalten, dass er eine gesteigerte Flexibilität auch honoriere.

Ebenfalls schätzte Dr. Gerhard Hörpel (Universität Münster) den möglichen Nutzen der Energiespeicher für die Energiewende als sehr hoch ein. Allerdings müsse sich – wie bei der Elektromobilität – der Einsatz auch kostenmäßig rechnen. Er schätzte, dass es hierfür noch rund zehn Jahre dauern könne. Forschung und Entwicklung seien dabei auf sichere Rahmenbedingungen angewiesen, betonte Markowz. Beide unterstrichen, dass der Industriestandort Nordrhein-Westfalen eine gute Plattform für den Einsatz solcher neuer Technologien biete.

Mit Blick auf die hiesige chemische Industrie verwiesen die Experten auf die Möglichkeit, elektrisch erzeugte Energie in chemische Energie umzuwandeln und in Form verschiedener Gase zu speichern (Power-to-Gas). Auf diese Weise ließe sich auch überschüssiger Strom nutzen. Dieser werde heute ans Ausland

„verramscht“, bedauerte Sauer. Eine zentrale Aufgabe der Politik sah er daher auch darin, Rahmenbedingungen zu setzen und Geschäftsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die geladenen Experten verwiesen aber auch auf den Vorsprung des asiatischen Raums im Bereich der Lithium-Ionen-Technologie, laut Hörpel das wichtigste Speichermedium für Strom im 21. Jahrhundert. Es sei aber sinnvoll, hier eine eigene Zellproduktion aufzubauen, plädierte er für Investitionen und Fördermaßnahmen in diesem Bereich. Denn Lithium biete ein enormes Entwicklungspotenzial und verspreche damit gute Innovationsmöglichkeiten. Es müsse ja nicht, wie früher einmal, auch in Erfrischungsgetränken enthalten sein. *cw*

Foto: Schälte







# Aus den Fraktionen

## Virtuelles Kraftwerk: NRW will Pilotprojekt für Energiewende

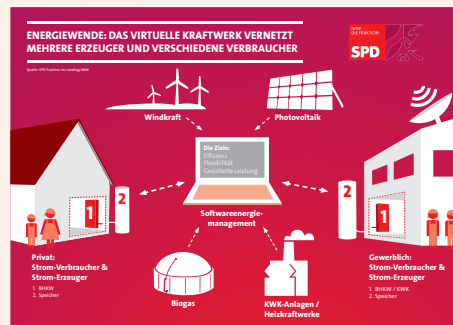
Bis zum Jahr 2025 soll der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch nach dem Koalitionsvertrag bundesweit auf 40 bis 45 Prozent, bis zum Jahr 2035 auf 55 bis 60 Prozent steigen. Die wetter- und jahreszeitabhängigen Windenergieanlagen und Photovoltaikanlagen lassen sich durch das Kombinieren mit großen Speichern, wie zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerken, grundlastfähig machen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die verschiedenen Stromerzeugungsquellen in einem virtuellen Kraftwerk zu integrieren. Dabei werden mehrere kleinere, dezentrale Stromlieferanten zu einem Verbund mit gemeinsamer Steuerung zusammengeslossen.

„Virtuelle Kraftwerke können ein wesentlicher Beitrag zur Lösung für eine der zentralen Herausforderungen bei der Energiewende

sein“, erklärt Norbert Römer, Fraktionsvorsitzender der SPD im NRW-Landtag. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ein Pilotprojekt verabredet, um zu prüfen, ob und wie Erzeuger erneuerbarer Energien einen

Grundlastanteil garantieren können. „Gerade Nordrhein-Westfalen ist mit seiner vielfältigen Struktur unterschiedlicher Energieversorger das ideale Bundesland für das Modellvorhaben“, sagt Norbert Römer.

Nun soll sich nach Römers Ansicht die Landesregierung dafür einsetzen, den Zuschlag für das Projekt nach NRW zu holen. „Dafür müssen wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben, die das Pilotprojekt konkretisiert und Partner aus der Energiewirtschaft und den Kommunen des Landes einbezieht. Einen entsprechenden Antrag wollen wir als SPD-Fraktion zusammen mit unserem Koalitionspartner in den Landtag einbringen.“



[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)



## CDU startet Aktion gegen Unterrichtsausfall

In ganz Nordrhein-Westfalen mehren sich die Klagen von Eltern und Schülern über Unterrichtsausfall. Um das Problem politisch endlich anzugehen, sammelt die CDU unter der Mailadresse [ihr-hinweis@cdu-nrw-fraktion.de](mailto:ihr-hinweis@cdu-nrw-fraktion.de)

Angaben über ausgefallene Schulstunden. Bitte schreiben Sie uns als Eltern, Lehrer oder Schüler, wo Sie der Schuh drückt!

Mit Ihren Hinweisen wird es uns gelingen, nachdrücklich gegen Unterrichtsausfall vorzugehen. Dazu muss man aber zunächst einmal wissen, wie viele Stunden tatsächlich nicht gegeben werden und wo und in welchen Fächern besonderer Lehrerberauf besteht.

Die nordrhein-westfälische Schulministerin Löhrmann hingegen hat bei ihrer Amtsübernahme im Jahre 2010 als erste Maßnahme die statistische

Messung von Fehlstunden landesweit gestoppt. Unterrichtsausfall bekämpft man aber ganz sicher nicht durch Abschaffen der Statistik – nach dem Motto: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Schüler, Eltern und Lehrer müssen heute das ausbaden, was Rot-Grün versäumt.

Die CDU hat zu ihrer Regierungszeit gezeigt, wie man den Unterrichtsausfall erfolgreich bekämpfen kann. Von 2005 bis 2010 konnten wir die Zahl halbieren. Das war ein großer Erfolg, daran müssen wir wieder anknüpfen. Denn: Unsere Kinder haben ein Recht auf Unterricht und eine gute Bildung!





## Grüne Fraktion vor Ort: Abgeordnete besuchen Feuerwehren und Tierheime

Die GRÜNEN Abgeordneten haben sich bei zwei Aktionen über die Arbeit der Feuerwehren und der Tierheime in ihren Wahlkreisen informiert. Im Februar besuchten sie mithilfe des Verbandes der Feuerwehren in NRW zahlreiche Feuerwehren in NRW. Die Erkenntnisse werden in die Diskussion um die Novellierung des

Feuerwehrgesetzes einfließen. Wir unterstützen den Wunsch vieler Feuerwehren, dass sich mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund engagieren. Außerdem wollen wir die Kinderfeuerwehren für Kinder ab sechs Jahren gesetzlich verankern, um sie für ein späteres Engagement zu interessieren.

Auch Tierheime, Ziel der zweiten Aktion, nehmen wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit wahr und sind zentrale Einrichtungen für den Tierschutz vor Ort. Deshalb hat Rot-Grün in den vergangenen Jahren die Tierheime in NRW jährlich mit Landesmitteln in Höhe von 500.000 Euro freiwillig gefördert. Auch bei der Kastration verwilderter Hauskatzen unterstützt die Landesregierung seit 2011 die ehrenamtlichen Tierschutzverbände mit einem Förderprogramm, das jährlich 200.000 Euro umfasst.



Ali Baş (Mitte) bei der Feuerwache in Ahlen



Reiner Priggen (2.v.r.) in der Tierarztpraxis der Städteregion Aachen

Bei beiden Besuchen galt ein besonderer Dank den vielen Ehrenamtlern. Ohne sie würden wichtige Einrichtungen wie die Feuerwehren und Tierheime nicht funktionieren.



## FDP-Werkstattgespräch zur Zukunft der Hochschulfreiheit

„Die Hochschulen haben gezeigt, dass sie mit der Hochschulfreiheit verantwortungsvoll umgehen und in dieser Freiheit enorme Erfolge erreichen konnten: wissenschaftliche Exzellenz, Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs, gestiegene Absolventen, mehr Drittmittel“, betonte Angela Freimuth, wissenschaftspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion bei einem Werkstattgespräch der FDP-Fraktion. Dennoch planen SPD und GRÜNE massive Einschränkungen der Autonomie der Universitäten und Fachhochschulen. Nach den Plänen von Ministerin Schulze (SPD) soll das Land den Hochschulen strikte Vorgaben über Forschung, Finanzen und Lehre machen können. Rektoren, Professoren, Studierende, Studentenwerke und Wirtschaft laufen Sturm gegen die rot-grünen Pläne. „SPD und GRÜNE drohen, die



Hochschulen zu nachgeordneten Behörden des Landes zu degradieren“, warnte Angela Freimuth.

Gemeinsam mit Prof. Dr. Axel Freimuth, Rektor der Universität zu Köln, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Rektor der Handelshochschule Leipzig, und NRW-Innovationsminister a.D. sowie Dr. h.c. Josef Beutelmann, Vorsitzender des Hochschulrats der Bergischen Universität Wuppertal

und Vorsitzender der Aufsichtsräte der Barmenia Versicherungen, diskutierten interessierte Bürger und Hochschulangehörige beim Werkstattgespräch über die Zukunft der Hochschulfreiheit. Der ehemalige Innovationsminister Pinkwart unterstrich: „Weil wir der Wissenschaft beste Rahmenbedingungen geben konnten, hat sich auch der Standort NRW national und international einen Wettbewerbsvorteil erarbeitet. Den gilt es jetzt zu verteidigen.“ Die rot-grünen Pläne schwächten jedoch den Wissenschaftsstandort. Kritik äußerten die Experten am Misstrauen der Landesregierung gegenüber den Hochschulen.



## Management nach Gutsherrenart an NRW-Hochschulen

Reden wir über Geld! Seit 2004 haben sich die Bezüge der Hochschulrektoren in NRW verdoppelt. Gleichzeitig stiegen die Bezüge der anderen Hochschulangehörigen um knapp 10 Prozent. Dieses Missverhältnis gelangte durch eine geleakte Gehaltsstatistik der Uni-Rektoren an die Öffentlichkeit. Der eigentliche Skandal ist dabei nach unserer Auffassung weniger die undichte Stelle als vielmehr die intransparente Festlegung der Bezüge von Hochschulrektoren. Darüber entscheiden die Vorsitzenden der Hochschulräte, die sich etwa zur Hälfte aus Führungskräften der Wirtschaft zusammensetzen. Im Gegensatz dazu legt das Ministerium die Grundbezüge aller Professoren fest.



Dr. Joachim Paul

Es ist unwürdig für unsere Demokratie, wenn die Hoheit über die Verwendung von Steuergeldern bei nicht demokratisch gewählten Gremien liegt. Die Art und Weise, wie Bezüge der Hochschulrektoren festgesetzt werden, ist eine Form von innovationsfeindlichem Management nach Gutsherrenart und dokumentiert aktuell das völlige Scheitern des neoliberalen Konzepts der unternehmerischen Hochschule.

Aber es geht auch um den Steuerzahler. Er hat grundsätzlich ein Anrecht, über staatliche Ausgaben transparent informiert zu werden. Jedes Schulleitergehalt ist bekannt, es gibt keinen Grund, warum dies nicht auch für Hochschulrektoren gelten soll. Als Opposition haben wir

auch die Aufgabe, höchstmögliche Kontrolle bei der Ausgabe von Steuergeldern sicherzustellen. Bereits im November 2012 hatten wir eine Kleine Anfrage zur Höhe der Hochschulrektorengelälter gestellt. Hochschulleitungen mussten teilweise bis zu siebzehn Mal konsultiert werden, bevor die Daten herausgegeben wurden – eine Ungeheuerlichkeit vor dem Hintergrund, dass die Bezüge der Hochschulleitungen steuerfinanziert sind.

Das aktuell gültige, sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz hat sich gerade selbst diskreditiert. Es wird höchste Zeit für ein neues Hochschulgesetz, das Transparenzkriterien genügt.



**PIRATEN FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW





# Viele kleine Schritte

## Ministerium erläutert Vorschläge und Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan

11. März 2014 – Ein Viertel weniger Treibhausgase als im Jahr 1990 soll es in NRW im Jahr 2020 geben. So sieht es das im Januar 2013 verabschiedete Klimaschutzgesetz vor. Den genauen Fahrplan zur Erreichung dieses Ziels soll ein für fünf Jahre geltender Klimaschutzplan vorgeben. Im zuständigen Unterausschuss ließen sich die Abgeordneten nun über die grundsätzlichen Ansätze unterrichten.

Abgeschlossen sei die im Herbst 2012 gestartete Konzeptionsphase, an der sich rund 400 Fachleute aus Verbänden, Unternehmen, Kommunen, Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften und weiteren gesellschaftlichen Gruppen beteiligt hätten, erklärten Vertreterinnen und Vertreter des Umweltministeriums den Abgeordneten. Dabei habe man 6 Sektoren, 23 Handlungsfelder, 189 Strategien und 258 Maßnahmen erarbeitet. In der zweiten Phase wolle man nun bis zum 31. März 2014 die breite Öffentlichkeit über verschiedene Veranstaltungen sowie eine [Online-Beteiligung](#) in den Prozess einbinden. Nach entsprechender Auswertung solle dann ein Bündel an Vorschlägen und Empfehlungen für einen Klimaschutzplan vorliegen.

### BAU, LANDWIRTSCHAFT & VERKEHR

Beim Sektor „Bau“ ging es etwa um die Frage, wie man bis zum Jahr 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand erreichen könne. Je nach Sanierung müssten demnach pro Jahr zwei bis drei Prozent der Gebäude vollständig saniert werden. Konkret soll das Förderangebot zukünftig auch Nicht-Wohngebäude umfassen. Des Weiteren sollen dezentrale Kurzspeicher zu einer Entlastung der Stromnetze beitragen. Die Abgeordneten hinterfragten, wie man die Menschen dazu bringen könne, Förderprogramme zu nutzen und wie man Teilsanierungen erfassen wolle. Immerhin unterlägen viele Baumaßnahmen keiner Genehmigung.

Die Reduzierung bzw. Vermeidung klimaschädlicher Emissionen über Düngung und Viehbestand war ein wichtiges Thema im Komplex Landwirtschaft, Forst und Boden. So soll zum Beispiel der Stickstoffeinsatz im Gemüseanbau zurückgefahren werden. Wenn man Moore wieder vernässe, lasse sich mehr CO<sub>2</sub> speichern – zumal auch die Torfgewinnung zu Emissionen führe. Weiter ausgebaut werden soll die Förderung nachwachsender Rohstoffe, wobei Biokraftstoffen effizienter werden sollen. In der Aussprache verwiesen die Abgeordneten auf die Problematik der Flächenkonkurrenz. So würden Brachflächen auch zum Schutz der Artenvielfalt benötigt.

Im Sektor Verkehr ging es insbesondere um eine Änderung der Einstellung. Der Weg per pedes oder per Rad soll Vorrang erhalten vor dem Auto. Letztere sollen über alternative Antriebe und regenerative Treibstoffe klimafreundlicher werden. Ziel sei ebenso, Elektromobilität und Hybridfahrzeuge beliebter zu machen. Die Abgeordneten erörterten ergänzend die Möglichkeiten spritsparenden Fahrens, auch mittels Tempolimits. Neue Technologien und integrierte Belieferungskonzepte sollen dazu dienen, die Belastungen durch den wachsenden Güterverkehr in Grenzen zu halten, erklärten Fachleute aus dem Ministerium. Dieser werde trotz eines erforderlichen Ausbaus von Schiff und Schiene zu einem großen Teil auch auf der Straße stattfinden.

In den Privathaushalten seien die Verbraucherinnen und Verbraucher gefragt, mit energiesparenden Geräten dem Klimaschutz auf die Sprünge zu helfen. Entsprechende Beratungen

zum Verbrauch sollen dabei helfen. Auch Lebensmittelverschwendung sei klimaschädlich, denn so entstünden unnötige Belastungen durch Erzeugung, Lagerung und Transport. Allerdings sei die klimagünstige Nutzung regionaler Produkte für die Kundinnen und Kunden häufig kein unmittelbar spürbarer Vorteil.

### INDUSTRIE, NETZE & SPEICHER

Auch im Sektor „Gewerbe und Industrie“ ging es um Beratung und Wissenstransfer. Eine bessere Breitenanwendung in puncto Effizienz und Emissionsvermeidung erfordere weitere Forschung, Entwicklung und Innovation. Über Strategien für alle wichtigen Industriebranchen habe die entsprechende Arbeitsgruppe versucht, die Exportstärke Nordrhein-Westfalens auch künftig zu erhalten.

Um grundsätzliche Systemvoraussetzungen für den Einsatz erneuerbarer Energien drehte sich das Thema Umwandlung. Der Ausbau der erforderlichen Netze und Speicher, die Frage der zukünftigen Kraftwerksstruktur sei letztendlich aber nur im Einklang mit nationalen und europäischen Konzepten zu lösen.

Mit Blick auf die Abstimmungen in den sechs Arbeitsgruppen hinterfragte vor allem die oppositionelle CDU, wie Minderheitsvoten gewertet würden und was sie für die Aufnahme einer Maßnahme in den Klimaschutzplan bedeuteten. Aufgrund der Komplexität des Themas müsse man hier im Einzelfall entscheiden, erläuterten die Vertreter der Landesregierung. cw

Foto: Schälte





## Portrait: Daniela Jansen (SPD)



Daniela Jansen muss noch ein wichtiges Gespräch führen, ehe sie den Weg in die Landespolitik einschlagen kann. Sie besucht die Kindertagesstätte ihrer Zwillingskinder und spricht mit den Erzieherinnen. „Sie haben zwei glückliche Kinder“, bekommt die junge Mutter zu hören. Es ist der entscheidende Satz damals im März 2012. Die Sozialdemokratin wagt eine neue Herausforderung und lässt sich in Aachen als Direktkandidatin für den nordrhein-westfälischen Landtag aufstellen.

Zwei Jahre ist dies nun her. Daniela Jansen sitzt im Foyer des Parlaments, trinkt Milchkaffee und erzählt aus einem erstaunlichen Leben. Die 36-Jährige trägt ein elegantes rotes Kleid und an einem gelben Band um ihren Hals den diesjährigen Orden des „Aachener Karnevalsvereins“. Am Wochenende zuvor war Jansen unter den Festgästen, als FDP-Parteichef Lindner der „Orden wider den tierischen Ernst“ verliehen wurde.

Sie wird an diesem Abend beim närrischen Landtag dabei sein; Dutzende Prinzenpaare sind mit ihrem Gefolge gekommen und flanieren im Foyer umher. Daniela Jansen wird später mitfeiern, in Düsseldorf übernachten und am nächsten Tag an der Plenarsitzung teilnehmen. Zwei Tage wird sie ihre Kinder nicht sehen. Dann kümmert sich ihr Ehemann verstärkt um die Kleinen. Eine Kinderfrau und eine Babysitterin unterstützen die Familie an mehreren Nachmittagen.

Frau Jansen wagt etwas: Kinder und Karriere, gleichzeitig. Ihre Eltern in Ennigerloh hadern zwar mit der Doppelbelastung ihrer Tochter; sie machen sich Sorgen, ob das alles so richtig ist. Doch sie selbst mag weder auf das eine noch auf das andere verzichten. Man kann auch sagen, Jansen will das Maximum aus ihrem Leben herausholen. „Ich bin sehr diszipliniert. Ich bin ein Kopfmensch, aber ich höre auf mein Bauchgefühl“, sagt sie. Disziplin bedeutet bei ihr aber nicht, spaßfrei oder unlocker zu sein, sondern dass sie sich die Zeit für Spaß ebenfalls bewusst einteilt. „Wenn Karneval ist, dann bin ich eben auf Jück“, sagt sie. Dann feiert sie. Sonst ackert sie wochentags von morgens bis abends in parlamentarischen Gremien. „Montag- und Frei-

tagnachmittag halte ich mir frei für meine Kinder. Wenn dann eine Einladung kommt, muss ich leider absagen. Es ist wichtig, dass man sich die Zeit genau einteilt“, sagt Jansen.

Sie ist jemand, der sich rasch zurechtfindet. Sie wird in Dortmund geboren, wächst im Münsterland auf und studiert Sozial-, Politik- und Medienwissenschaften in Düsseldorf. Eigentlich will sie Journalistin werden, doch in der Landeshauptstadt sieht sie zu wenige Chancen, Fuß zu fassen. Also jobbt die selbstbewusste Frau nebenher für Vodafone und betreut Premiumkunden.

In dieser Zeit lernt sie ihren späteren Mann Björn kennen und da verändert sich wieder vieles. Sie schließt das Studium in Düsseldorf mit dem Bachelor ab, wechselt 2002 zur RWTH in Aachen und macht dort ihren Abschluss als Magistra Artium. Sie wird Projektmanagerin in der Regionalagentur Aachen, kehrt nach der Geburt ihrer Kinder rasch wieder ins Büro zurück.

Mit Politik kommt sie früh in Berührung. Ihre Familie tickt sozialdemokratisch, ihre Großmutter ist seit über 40 Jahren Parteimitglied. Schon als kleines Mädchen demonstriert Jansen gegen Helmut Kohl mit. In die SPD tritt sie erst 2004 ein. Es geht dann alles recht schnell. Jansen lernt Politik im Eiltempo. Sie arbeitet bei Karl Schultheis im Landtag und im Aachener Büro der Bundestagsabgeordneten Ulla Schmidt.

Sie kokettiert bei der Landtagswahl 2012 mit ihrem Debütantinnen-Status und wirbt als „frischer Wind“ um Stimmen. Ihr gelingt ein großer Achtungserfolg: Sie erringt das Direktmandat in Aachen und setzte sich gegen den wesentlich bekannteren CDU-Landeschef Armin Laschet durch. Es muss auch eine Genugtuung für sie sein, weil sie in den vergangenen Jahren gesehen hat, wie Kinderlose in ihrem Alter leichter Karriere machen, weil sie auf weniger Belange Rücksicht nehmen müssen. Sie setzt sich deshalb dafür ein, Familie und Beruf besser miteinander zu verbinden. Sie ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen der SPD Aachen und des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation im Landtag.

Nach ihrem erfolgreichen Einzug ins Landesparlament kümmert sich das Paar aktuell intensiv um die politische Karriere ihres Mannes. Björn Jansen kandidiert als OB-Kandidat in Aachen und fordert den christdemokratischen Amtsinhaber heraus. „Wir beraten und helfen uns gegenseitig“, sagt Frau Jansen. Wenn die heiße Phase vor der Kommunalwahl im Mai startet, wird sie für ihn und die anderen SPD-Ratskandidaten wieder Wahlkampf machen. Und wenn es passt, dann nimmt sie ihre beiden Kinder einfach mit.

*Kristian Frigelj*

## Frau baut Herd

Die meisten Mädchen sehen sich eher im Beruf der Krankenschwester, Tierpflegerin oder Maskenbildnerin als im Beruf der Maurerin, Ingenieurin oder KFZ-Mechatronikerin. Liegt es immer wieder am persönlichen Interesse? Liegt es am Image der Berufe? Oder an mangelnder Kenntnis? Fehlt es an Vorbildern? Oder einfach an Möglichkeiten, solche Berufe kennenzulernen?

Alljährlich will der Girls' Day Schülerinnen genau das ermöglichen: in Berufe hineinzuschneppen, die bisher vor allem Männer ausüben. Auch der Landtag hat am 24. März wieder Mädchen und junge Frauen eingeladen, um sich mit Berufen aus Technik, Handwerk und Naturwissenschaften zu beschäftigen und zu erforschen, was die Arbeitswelt alles an Möglichkeiten bereithält. Konkrete Einblicke aus erster Hand erhielten sie zum Beispiel in die Tätigkeiten als Ingenieurin, im Spektrum Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, in der Chemie, bei Polizei und Bundeswehr. Für allgemeine Fragen rund um die Berufswahl stand die Bundesagentur für Arbeit Rede und Antwort.

Rund 700 Schülerinnen sind der Einladung der Landtagspräsidentin gefolgt. Und konnten nebenbei kennenlernen, wie der Landtag funktioniert. Rund ein Drittel der Abgeordneten sind übrigens weiblich.

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, stv. Chefredakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Nicolaus Kern (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer & Axel Birkenkämper (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

Druckservice Duisburg  
Medienfabrik GmbH & Co. KG

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de),  
[www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)





## Geburtstage

26. März bis 8. April 2014

|                                    |    |
|------------------------------------|----|
| 26.3. Dr. Wolf, Ingo (FDP)         | 59 |
| 26.3. Schmalenbach, Kai (PIRATEN)  | 44 |
| 27.3. Birkhahn, Astrid (CDU)       | 62 |
| 30.3. Fasse, Marie-Luise (CDU)     | 66 |
| 30.3. Bell, Dietmar (SPD)          | 53 |
| 31.3. Nettekoven, Jens-Peter (CDU) | 36 |
| 2.4. Duin, Garrelt ** (SPD)        | 46 |
| 5.4. Busen, Karlheinz (FDP)        | 63 |
| 6.4. Schmitz, Hendrik (CDU)        | 36 |

\*\* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

|                                   |    |
|-----------------------------------|----|
| 31.3. Dr. Dammeyer, Manfred (SPD) | 75 |
| 1.4. Berger, Heidemarie (SPD)     | 70 |
| 7.4. Hinrichs, Jürgen (FDP)       | 80 |
| 7.4. Wischermann, Barbara (CDU)   | 70 |

## Verstorben

- 21.2. Reinhard Wilmbusse (SPD),  
MdL 1975 bis 1994
- 25.2. Karl von Hall (CDU),  
MdL 1985 bis 1990 und 1992 bis 1995
- 6.3. Dr. Heinrich Pohlmeier (CDU),  
MdL 1970-1980

## Ausstellung

Mit Blick auf die Bodendenkmalpflege in Westfalen zeigt der Landtag vom 2. bis 17. April eine Ausstellung des Münchener Fotografen Thomas Kalak. Im Vordergrund stehen dabei Motive, die sich abseits der Bilder gängiger wissenschaftlicher Fachpublikationen befinden.

## Verfassungskommission

Zum Themenkomplex I – „Parlamentarismus“ und „Landesregierung“ hört die Verfassungskommission am 7. April ab 14 Uhr externe Fachleute. Dies wird [live im Internet](#) übertragen.

## Finale

Beim NRW-Landesfinale von „Jugend debattiert“ treten am Montag, 31. März, die besten Rednerinnen und Redner aus den Jahrgangsstufen 8 bis 13 gegeneinander an. Interessierte sind eingeladen, die Debatten von 12 Uhr bis 14 Uhr von der Zuschauertribüne im Landtag oder auf der [Landtags-Homepage](#) zu verfolgen.

## Landtagsandacht

Wie in jeder Plenarwoche haben Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, und Dr. Burkhard Kämper, kommissarischer Leiter des Katholischen Büros, vor Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag, 27. März 2014, zum Parlamentsfrühstück und zur anschließenden Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Brücken bauen ...

... zwischen zwei Kulturen – wie könnte dies besser funktionieren als über das Erleben der jeweils anderen Kultur: Beim deutsch-chinesischen Freundschaftsabend im Landtag nahm die chinesische Musikstudentin Dan Tian ihre Zuschauerinnen und Zuschauer sodann mit auf eine Reise in die chinesische Kultur – begleitet vom Spiel auf der traditionell-chinesischen Guzheng. Ganz praktisch aus ihrem Leben in Nordrhein-Westfalen erzählten eine chinesische Maschinenbau-Studentin und ein Unternehmer in einer Talkrunde. Mehr als 800 chinesische Firmen gebe es mittlerweile in NRW, freute sich der Landtagsvizepräsident und Vorsitzende der Parlamentariergruppe NRW-China, Dr. Gerhard Papke. Darüber hinaus studierten rund 5.000 junge Menschen aus der Volksrepublik an Hochschulen hier in NRW. Sie alle seien wertvolle Brückenbauer für die deutsch-chinesische Freundschaft.

Fotos: Schälte